

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in den Hauptausgaben der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Reichenstr. 11, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzuf. In- und Auslandsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon 217 37, Redaktion 217 35

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien. 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text. 70 Pf. Familienanzeigen, Stellengebote, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Krise in den Regierungsverhandlungen

Die Voraussetzungen zur großen Koalition. — Was will die Volkspartei?

Der „Sozialdemokratische Presseklub“ schreibt:
Ein Teil der Presse wird nicht müde, die Verhandlungsmethoden des Abgeordneten Müller-Franken abfällig zu kritisieren. Würde er, so heißt es, andere Wege eingeschlagen haben, so würde sich alles sehr viel schneller entwickeln, und vielleicht stände das neue Kabinett schon jetzt auf den Beinen. Es ist nicht möglich, in einem Gremium von 20 Parlamentariern ein Regierungsprogramm auszuarbeiten, es sei nicht angängig, über die einzelnen Punkte, die Entscheidung der verschiedenen Fraktionen herbeizuführen, und was dergleichen Vorhaltungen mehr sind.

Wer hätte nicht den Wunsch, daß die Verhandlungen schneller zum Ziele führten? Leider wird uns kein Rezept gegeben, auf welche Weise eine Beschleunigung des Tempos mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Wir haben nun einmal in Deutschland im Gegensatz beispielsweise zu Frankreich die fest organisierten Fraktionen, es fehlt den Parteiführern die diskretionäre Vollmacht, die beispielsweise ihre Kollegen in England besitzen, und so muß schon nach Maßgabe des vorhandenen, sicher etwas schwerfälligen Apparates gearbeitet werden. Es kommt außerdem nicht nur darauf an, sich über den Inhalt der Regierungserklärung zu einigen und vielleicht einige Fragen zu klären, deren sofortige Beantwortung wünschenswert erscheint, sondern es muß über eine ganze Reihe von kritischen Punkten eine Verständigung gesucht werden; wenn die Gefahr vermieden werden soll, daß die neue Regierung schon nach ein paar Wochen oder spätestens nach ein paar Monaten wieder auseinanderfällt. Deshalb nehmen die Vorbereitungen eine verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch.

Am Mittwoch nachmittag wird der Abgeordnete Müller-Franken den Vertretern der übrigen Fraktionen ein Schriftstück vorlegen, aus dem sich ergibt, wie er sich nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen von seinem und seiner Partei Standpunkt aus die Grundlage für den Beginn und die nächste Fortführung der Regierungsgeschäfte denkt. Es muß sich dann sehr bald herausstellen, ob die Möglichkeiten einer Einigung vorhanden sind oder ob die bisherigen Bemühungen erfolglos waren. Man verrät ja kein Geheimnis mit der Feststellung, daß gerade in der Fraktionsführer-Konferenz vom Dienstag Meinungsverschiedenheiten zutage getreten sind, deren Hebebrücke außerordentlich große Schwierigkeiten bereitet. Sie beziehen sich vor allem auf die Frage des Baues des Panzerkreuzers, auf das Ob und Wie einer Amnestie, auf die Feier des Verfassungstages, auf die alsbaldige Abänderung des Lohnsteuergesetzes im Sinne der Lex Brüning und auf das Problem des Wohnungsbaues. Hier stehen sich die Ansichten einseitig noch sehr schroff gegenüber und namentlich zwischen der Sozialdemokratie auf der einen und der Deutschen Volkspartei auf der anderen Seite ist eine tiefe Kluft vorhanden. Selbstverständlich gibt es auch eine große Reihe von anderen Dingen, in denen die Ansichten der in Betracht kommenden Parteien auseinandergehen, aber es liegt auf der Hand, daß die künftige Regierung so wenig wie irgend eine andere eine Gesinnungsgemeinschaft werden kann, daß jede Gruppe Grundsätze besitzt, die sie aufrecht erhält, und daß es Aufgabe des Kabinetts sein muß, für den einzelnen Fall, soweit es möglich ist, Kompromißlösungen zu suchen. Wollte man alle Eventualitäten im voraus besprochen, um für alle Streitpunkte von vornherein eine Einigungsformel zu finden, so könnten und müßten die Vorverhandlungen Monate dauern. Wer eine Koalition einget, weiß, daß fast Tag für Tag neue Schwierigkeiten auftauchen und daß ihre Überwindung von dem guten Willen der beteiligten Persönlichkeiten abhängt.

Vorerst muß die Bahn für die ersten Schritte freigemacht werden. Darum hat es sich bei den bisherigen Besprechungen gehandelt und wird es sich vor allem am Mittwoch handeln. Der Sozialdemokratie wird niemand das Zeugnis verweigern können, daß sie sich in dem Bestreben, die Wiederkehr einer Reichsregierung zu verhüten, bei ihren Forderungen die denkbar größte Mäßigung auferlegt und nicht auf die Zahl ihrer Mandate pochend, Ansprüche erhoben hat, die für die anderen unerträglich wären. Das gleiche läßt sich indessen bisher von der Deutschen Volkspartei nicht sagen. Sie hat sehr hart das Gefühl, sich im Besitz des Schlüssels der Situation zu befinden und möchte diese Stellung nach Kräften ausnützen. Es ist selbstverständlich durchaus zu verstehen, daß die Freunde des Herrn Scholz gewisse Bedingungen für ihre Mitarbeit in der künftigen Regierung stellen. Was aber unerträglich sein würde, wäre die Verfolgung des Plans, in der neuen Regierung die gleiche

Politik zu machen, die bisher vom Bürgerblock getrieben worden ist. Geht die Absicht dahin — und der Eindruck, daß sie besteht, läßt sich nicht abweisen — so ist ein Scheitern der Verhandlungen unvermeidlich. Die Sozialdemokratie hat den ersten Wunsch, daß eine auf eine sichere Mehrheit gestützte Regierung zustande kommt, und das kann nach Maßgabe der Verhältnisse nur die große Koalition sein. Niemand wird jedoch von ihr erwarten, daß sie ihre Zustimmung zu der Weiterführung der bisherigen Politik gibt. Ihre Wähler wollen sehen, daß etwas Neues wird, und daß es wenigstens auf bestimmten Gebieten sehr bald wird. Im Interesse des Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft möchten wir an der Regierung beteiligt sein. Aber es gibt Grenzen, die nicht überschritten werden können. Zugehörigkeit zu einem Kabinett ist nicht unter allen Umständen Ziel unserer Politik, und die Volkspartei würde sich in einem verhängnisvollen Irrtum befinden, wenn sie glauben sollte, daß unser Wunsch nach positiver Mitarbeit stärker sei als der Wille zum Festhalten an den wichtigsten Programmpunkten unserer Politik. Beharrt die Gegenseite auf ihrem starren Widerstand, so bleibt nichts anderes übrig als der Versuch, eine Regierung zu bilden, die nicht die der großen Koalition ist.

Wir freuen uns, daß wir jetzt aus den Berliner führenden Kreisen unserer Partei entschiedenere Töne hören, daß man dort jetzt entschlossen zu sein scheint, die Volkspartei energisch in ihre Schranken zurückzuweisen, und daß man auch die Möglichkeit der Bildung einer Regierung ohne die Volkspartei ins Auge faßt. Geduld hat man jetzt lange genug geübt. Jetzt gilt es zu zeigen, daß man einen festen Willen hat. Es geht auch ohne Stresemann.

Berlin, 19. Juni. (Eigener Bericht.) Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Dienstag nachmittag den Bericht ihrer Unterhändler über die interfraktionellen Verhandlungen zur Bildung der Regierung entgegen. In der Aussprache wurden insbesondere die Differenzpunkte erörtert, die in den interfraktionellen Verhandlungen hervorgetreten sind. Abgesehen von der Frage des Baues eines Panzerkreuzers bestehen Differenzen in mehreren anderen Fragen.

Die Sozialdemokratie verlangt nach wie vor die sofortige Verabschiedung des im Reichstag beschlossenen Gesetzentwurfes über die Erklärung des 11. August zum gesetzlichen Feiertag. Dazu haben bisher nur das Zentrum und die Demokraten ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt. Eine zweite Differenz besteht in der Frage des Zeitpunktes und des Umfanges der Amnestie. Auch über die Vorbehalte bei der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Walfang sind bisher eine Einigung nicht erzielt. Stark von einander abweichende Anschauungen bestehen außerdem in der Steuerfrage. Die Sozialdemokratie fordert hier die sofortige Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums für die kleinen Einkommen; die Deutsche Volkspartei wünscht dagegen eine Senkung des Tarifs der mittleren Einkommen. Schließlich steht bisher auch noch eine Verständigung bezüglich der Wohnungspolitik aus. Die Deutsche Volkspartei verlangt den weiteren Abbau der Wohnungswirtschaft, die Sozialdemokratie fordert u. a. die Erhaltung des Mieterrechtes, des sozialen Miet- und Wohnrechtes.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sprach den Unterhändlern zum Schluß ihrer Dienstagssitzung ihr Vertrauen aus und beauftragte sie, bei den Verhandlungen am Mittwoch auf eine Klärung der Voraussetzungen über die Regierungsbildung zu dringen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Mittwoch um 7 Uhr zur Entgegennahme eines Berichtes ihrer Unterhändler wieder zusammentreten.

Für die Frauen und die Unehelichen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:
Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsstellung der Frau gemäß Artikel 119 der Verfassung sichert.
Außerdem wurde beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsstellung des außerehelichen Kindes im bürgerlichen Gesetzbuch in Einklang mit Artikel 121 der Reichsverfassung regelt.

In Preußen die Lage unverändert.

Berlin, 19. Juni. (Eigener Bericht.) Die preussische Zentrumsfraktion teilt mit: „Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages trat am Dienstag zu einer Erörterung der augenblicklichen innerpolitischen Lage zusammen. Seitens der Reichstagsfraktion nahmen die Herren v. Guérard und Stegerwald an der Sitzung teil. Die einmütige Auffassung der Fraktion ging dahin, daß nach wie vor eine Erweiterung der preussischen Regierungskoalition nur in Frage kommen könne, wenn eine nicht zur Koalition gehörige preussische Fraktion den bisherigen Koalitionspartnern gegenüber ihren Wunsch, in die Regierungskoalition einzutreten, zum Ausdruck bringe. Eine Erklärung dieser Art ist an die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages von keiner der nicht zur preussischen Koalition gehörigen Fraktionen des Preussischen Landtages herangefommen.“

Es bleibt für die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages bei der am 9. Juni d. Js. durch den Abgeordneten Herzold im Plenum des Preussischen Landtages abgegebenen Erklärung der Regierungsparteien.“

Dieser Beschluß der preussischen Zentrumsfraktion war von vornherein ziemlich selbstverständlich. Die preussische Zentrumsfraktion hat am 9. Juni mit den beiden anderen Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der von einer Erweiterung der Regierungsbasis „zu gegebener Zeit“ gesprochen wird. Diese Erklärung ist, wie die Zentrumsfraktion zum Schluß ihres Kommuniqués ausdrücklich hervorhebt, nach wie vor bindend. Sie kann auf Wunsch wiederum nur präzisiert werden durch eine neue gemeinsame Erklärung aller Regierungsparteien.

Die preussische Fraktion der Deutschen Volkspartei beabsichtigt am Mittwoch an den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun heranzutreten, um die Erörterungen über eine Umbildung der preussischen Regierung in Fluß zu bringen.“

Die eventuelle Umbildung der preussischen Regierung ist unseres Erachtens Sache des preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Regierungsparteien.

Illusionen der Volkspartei.

Der Beschluß des preussischen Zentrums über die Umbildung der preussischen Regierung hat in der „Täglichen Rundschau“ folgende Erörterungen hervorgerufen:

„Die preussische Frage hat auch gestern in den Verhandlungen keine Rolle gespielt. Es besteht Uebereinstimmung darüber, daß in Preußen selbst auf dem Verhandlungswege eine Verständigung darüber gesucht werden soll und daß die Frage erst wieder in Preußen zur Geltung kommt, wenn man über die sachlichen Voraussetzungen der Regierungsbildung zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Die Preußenfraktion des Zentrums hat gestern eine Sitzung abgehalten und einen Beschluß gefaßt, der sich zwar auf die bekannte Erklärung der Regierungsparteien bezieht, die vor der Beratung des Landtages im Plenum in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Ministerpräsidenten Braun abgegeben worden ist. Der Fraktionsbeschluß betont aber gleichzeitig, daß eine Erweiterung der preussischen Regierungskoalition nur dann in Frage kommen könne, wenn ein dahin gehender Wunsch von einer anderen Fraktion geäußert werde. Trotzdem der Beschluß im Tone nicht sehr glücklich ist, soll damit doch wohl zum Ausdruck gebracht sein, daß die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages die Verhandlungen nicht erst „zur gegebenen Zeit“, sondern schon jetzt zu führen bereit ist. Die nächsten Tage werden zeigen, ob diese Änderungen in der Stellungnahme des preussischen Zentrums (?) den Anknüpfungspunkt für Verhandlungen in Preußen bieten.“

Nach dem Wortlaut des Zentrumsbeschlusses zu urteilen, dürfte das wohl eine Illusion sein.

Uneheliche Zentrumspolitik.

Hinterlistiges Verhalten des württembergischen Zentrums.
Stuttgart, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Württembergische Landtag hat am Dienstag einen sogenannten „großen Tag“. Das lag weniger an der inhaltlich ganz reichhaltigen Regierungserklärung, die vom Staatspräsidenten Bötz im Tone der Verlegenheit verlesen wurde, als an der geradezu grotesken Situation, in die das Land Württemberg durch den kampfhaften Versuch der Bildung einer Regierung ohne Regierungsmehrheit in der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland gebracht worden ist.

Die Regierungserklärung dürfte selbst den Anhängern der Regierungsparteien eine große Enttäuschung bereitet haben. Was sie an Spezialaufgaben der Landesgesetzgebung aufwies, war weder neu, noch rührte es an die politischen Kernfragen der Zeit. Sie wurden lediglich in dem Masse der Erklärung gestreift, der das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern betraf. Trotz der empfindlichen Niederlage, die der sozialistischen Grenzgebiet der letzten württembergischen Regierung im Wahlkampf bereitet worden ist, hält sie an ihr fest und wehrt sich in der Frage der Gebietsabgrenzung der Länder gegen die Auslösung irgendeiner gesetzlichen Forderung. Ein junger Mann von keiner Seite bisher verurteilt oder angeklagt worden. Nur in einem Punkte war die Regierungserklärung bemerkenswert, nämlich in dem gewöhnlichen Verlaufe der Gewinn der Sozialdemokratie im Wahlkampf, der überaus groß war zu disqualifizieren. Die Erklärung behauptet, daß bei der Abstimmung der Wähler nicht immer der Gehalt an das Gesamtvolk und an die allgemeine Aufgabe des Staates das Bestimmende gewesen sei, weshalb es nicht nötig ist, die Wähler

der politischen Führung sein könne, unbewertbaren Zahlen die höchste Bedeutung beizulegen. Der Ächtliche als hier konnte nicht gut von den Stimmen der Arbeiterklasse gesprochen werden, die sich bei der Wahl rückhaltlos und begeistert auf die Seite der Sozialdemokratie gestellt hatten. Diese fadenförmige Argumentation sollte auch nur verschleiern, daß das Zentrum gar nicht daran denkt, wie es ursprünglich glauben machen wollte, die Bildung der Regierung soll lediglich als ein Provisorium angesehen, das für ihn nur ungern akzeptiert worden sei und dessen es sich so bald als möglich wieder entledigen wolle, sondern daß es an der Regierung und an der reaktionären Verbundenheit mit dem im Wahlkampf geradezu katastrophal geschlagenen deutschnationalen Führer Bazille auch weiterhin festhalten gedenkt.

Als erster Redner aus dem Hause sprach nach dem Staatspräsidenten namens der Sozialdemokratie der Abg. Keil, der sich vornehmlich dem Versuch des Zentrums zuwandte, seine wahre Bestimmung zu verschleiern. Auf solche Weise werde Württemberg nur wieder einmal zum Gegenstand des Spottes in ganz Deutschland gemacht. Als er, der Redner, nach der Bildung der Regierung kürzlich in den Reichstag gekommen sei, hätte der Führer des Reichstagszentrums ihn mit den Worten empfangen: „Was macht ihr denn in Württemberg wieder für Verrücktheiten?“ Diese Frage kennzeichnet die politische Stellung des württembergischen Zentrums, die in seiner ganzen übrigen Karriere nicht verstanden wird. Wieder einmal stehe Herr Bazille im Mittelpunkt der Diskussion, der den Wahlkampf mit 200prozentiger Demagogie führte, aber nach seiner Niederlage weder den Taft noch die Selbstüberwindung besaß, aus seinem Amt zu scheiden. Gerade das Amt solle er jetzt behalten, dessen Führung er seine Niederlage in erster Reihe zu verdanken hatte. Ohne die unbegrenzte Schamlosigkeit des Zentrums wäre dieses Schauspiel nicht möglich. Was das Zentrum 1924 angeblich aus Zwang tat, weil die Wahlergebnisse es nötig machten, das suche es jetzt mit allen möglichen Künsten freiwillig zustandzubringen. Jetzt sei es erwiesen, daß eine gemeinsame reaktionäre Regierung das Zentrum mit der Partei verbindet, die den heutigen Staat noch immer ablehnt.

Keil schloß mit der Feststellung, daß man der Arbeiterklasse die Türe des Staates vor der Nase zuschlage. Die Regierung sei offenkundig eine arbeitserfindliche Regierung. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Unternehmerstumpfsinn!

Was die Generaldirektoren für Weisheit vorzajpen.

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Schwierigkeiten, und auch die Sozialdemokratie erkennt sie nicht. Aber wenn irgendwo Wirtschaftsführer zu einer Tagung zusammenkommen, so werden diese Schwierigkeiten sicher nicht nur grau in grau, sondern schwarz in schwarz gemalt.

In Düsselndorf, wo am Dienstag eine Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen abgehalten wurde, ist man nach dem gleichen Rezept verfahren. Zunächst wurde sichn darauf los behauptet, daß ein nur teilweise Verschwinden des Großgrundbesitzes, das infolge der Steuerpolitik zu befürchten sei, die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes ungünstig beeinflussen werde. So weit ist der Großgrundbesitz nach lange nicht, und selbst, wenn er zum Teil verschwinden sollte, wäre das kein volkswirtschaftlich schädlicher Schaden, sondern ein volkswirtschaftlich erlösendes, weil gerade der heutige Großgrundbesitz in der Betriebsrechnung und in der Betriebswirtschaft zum Teil noch außerordentlich rückständig ist.

Aber die „westdeutsche Wirtschaft“ ist überwiegend industriell und ihre Hauptstütze gilt in erster Linie nicht dem agrarischen, sondern dem industriellen Großbetrieb. Und da stößt der Vorsitzende des Vereins, Paul Reusch aus Oberhausen, von dem auch die Weisheit über den ländlichen Großgrundbesitz stammt, der neue Reichstag müßte die Wirtschaft vor neuen gefährlichen Maßnahmen verschonen. Die Wirtschaft brauche Ruhe. Die Wirtschaft wolle vom Kollektivismus nichts wissen, sie müße an der bisherigen individuellen Organisationsform festhalten.

Individuelle Organisationsform im Zeitalter der Kartelle und Syndikate, wo ganze Industrien von wenigen Direktorensejellen aus geleitet werden! Professor Schmalenbach hat Recht, die deutschen Unternehmer stehen auf der Schwelle der neuen Wirtschaft, nur können ihre Gedanken dem Tempo der Gegenwart nicht folgen.

Aber wer ist an allem schuld? Die Marxisten, die es nach Paul Reusch aus Oberhausen in den bürgerlichen Parteien in so großen Häufen gibt, daß sie sich in der Verbesserung sozialistischer Theorien gegenseitig überbieten! Wir sind im allgemeinen nicht neugierig, aber wissen möchten wir doch gern, aus welcher Quelle der Vorsitzende der westdeutschen Wirtschaftseleute seine Kenntnisse über den Marxismus geschöpft hat.

Picavon gibt dem Haar eine lockere Fülle

Karl und Anna.
Von Leonhard Frank
(Copyright 1926 by Ullstein & Co. Berlin.)

A) (Nachdruck verboten.)
„Über Anna! Anna!“
„Ich hab ihn doch so gern gehabt. Er war gut zu mir. Immer gut! Das konnte ich gar nicht vergessen. Ich konnte ihn nicht vergessen.“
Die Eisenwerkswelle nahm ihn sein Selbstvertrauen. Und jetzt erst begann er bemerkt zu liegen, ans Ängst, die Frau, die er schon gewonnen zu haben glaubte, wieder zu verlieren.
Er schob den Keller zurück, sah umher. Die Fenster- nachhängelchen sind neu? Wir hatten doch gelbe gekauft damals. Der Verkäufer sagte: Das ist eine Gelegenheit. Erinnertst du dich?“
„Ich erinnere mich. Heiliger Himmel!“
„Die Rechts mit den Abhängelungen, Anna?“
„Ich habe alles abgezahlt in den vier Jahren.“
Er zeigte seine Augenbrauen, wie ein anderer den Schnurrbart zupft, eine Geste, die er ebenfalls von Richard übernommen hatte und die Anna erquickert beobachtete.
„Da konnten wir also ohne allzu große Sorgen neu anfangen... Jetzt wirds gut, Anna... Sieh mich an... Bitte, sieh mich an, Anna.“
Ihr Kopf brach nieder auf die verengten Arme.
„Küßt dich halt erst gewöhnen.“ Unter seiner Hand, die immerzu und geräuschlos über ihre Haare strich, beruhigte sich allmählich der zuckende Körper.
Sie erhascht ihn. Ihre Züge waren weich und dabei geföhigt. Sie räumte den Tisch ab.
Karl fand sich in der Ecke und hielt den Kopf geknickt.
Sie schloß die Tür, schloß das Fenster, setzte in dieser Stille trauernd wie ein Messerschmitt gewirkt.
Aus ihrem ganzen Gebaren — wie sie die kleine Tisch- anordnung beiseite, ihn manchmal ungeschickt mit einem Blick streifte, das Fenster schloß und den Raucherhang zog — sah er, daß sie sich entschlossen hatte, zu dem Ereignis Stellung zu nehmen, zu leben, was dabei herauskam.
Sie bemerkte nicht seine Fragen — daß sie in einer Kartonschachtel erhalte, wenn sie verdien — würde dabei noch von den zwei Bekannten die vertrieben waren ab-

Um die Preußenamnestie.

Wie die Kommunisten in der Amnestiefrage schwindeln.

Berlin, 19. Juni. (Eigener Bericht.) Der Rechtsaus- schuß des preußischen Landtages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Volksparteiters Dr. Eichhoff zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Beratung der kommunistischen Amnestieanträge. Die Grundlage für die Beratung ist insofern sehr schwankend, als zur gleichen Zeit dem Reichstag drei Amnestieanträge von kommunistischer, deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite vorliegen. Sie fordern Amnestie des Reichs, die sich auch auf die Länder erstrecken soll. Während der Berichterstatter O. Buch (Komm.) das Recht des Reichs bejahte, auch für die Länder Amnestiegesetze mit bindender Kraft zu erlassen, bestritt der Vertreter des preußischen Justizministeriums, Ministerialdirigent Dr. Schäfer, auf Grund verfassungsrechtlicher Darlegung dieses Recht auf das entschiedene. Die Frage konnte in der Sitzung noch nicht geklärt werden. Inkonsequent handelte der Kommunist O. Buch insofern, als er entgegen seinem eigenen Standpunkt, von der Obergewalt des Reichs in der Amnestiefrage die sofortige Inangriffnahme eines preußischen Amnestiegesetzes verlangte. Er mußte dabei allerdings zugeben, daß Preußen dem Reich in der Begnadigungsfrage praktisch weit voraus sei, und durch die bisherige Gepflogenheit des preußischen Justizministeriums in Preußen die Amnestie weniger dringend sei. Zu den vorliegenden Anträgen erklärte Ministerialdirigent Dr. Schäfer, sich noch nicht äußern zu können, da das Staatsministerium noch keine Stellung dazu genommen habe. Diese Erklärung veranlaßte die Kommunisten, sofortige Herbeiführung des Justizministers zu verlangen. Der sinnlose und offensichtlich nur demagogische Antrag wurde jedoch von den übrigen Parteien abgelehnt. Von Interesse waren noch Angaben, die Ministerialrat Dr. Wichmann über die im Vorjahre von der Roten Hilfe herausgegebene Liste der proletarischen politischen Gefangenen machte. Diese Liste ist von der preußischen Regierung nachgeprüft worden. Es hat sich herausgestellt, daß von den über 200 Fällen der Liste nur 69 der preußischen Amnestiehaftigkeit unterliegen. Alle anderen Urteile sind von außerpreußischen Gerichten gesprochen. Von den 69 Fällen scheiden aber 47 aus, deren Strafe verbüßt oder durch Amnestie erlassen ist, so daß für ganz Preußen lediglich noch 22 politische Gefangene der Liste in Betracht kommen.

Der sozialdemokratische Seite wurde dem Rechtsausschuss ein Abänderungsantrag vorgelegt, der die preußische Regierung auffordert, beim Reich für eine Amnestie der politischen Verbrechen und Vergehen einzutreten, die alle bei Gelegenheiten revolutionärer und hochverräterischer Unternehmungen begangenen Straftaten umfaßt, mit Ausnahme der Verbrechen gegen das Leben, ferner die Straftaten durch Landesverrat, mit Ausnahme der aus Eigennutz oder Gewinnhucht begangenen Verbrechen.

Baden will keine Amnestie.

Im badischen Landtag wurde, wie uns aus Karlsruhe gemeldet wird, am Dienstag von den Kommunisten ein Antrag auf Amnestie gestellt. Namens der badischen Regierung erklärte der badische Generalstaatsanwalt, daß die badische Regierung aus sachlichen Gründen den Antrag auf Amnestie ablehne, weil in darin eine schwere Gefährdung des Reichsempfindens, breiter Bevölkerungstiefe und eine starke Gefährdung der Staatsautorität erblicke.

Der Reichsstädtebund wehrt sich.

Der Reichs-Städtebund teilt mit: „Der Gesamt- vorstand des Reichs-Städtebundes nahm am Dienstag eingehend zu den zurzeit im Vordergrund des kommunalpolitischen Interesses stehenden Fragen der Urgemeinschaft und der Landkreisleistungsstellung. Der Vorstand vertrat einmütig die Auffassung, daß der schon begonnene Abbau der örtlichen Selbstverwaltung aus staatspolitischen Gründen abzulehnen ist.“

Der Kampf gegen einen solchen, auf falsche Reformideen gegründeten Abbau ist kein Interessentkampf der kleinen und mittleren Städte, sondern ein Kampf für die Erhaltung und Stärkung einer leistungsfähigen Selbstverwaltung überhaupt. Das Ziel einer kommunalen Verwaltungsreform kann nicht lediglich in der Schaffung von Großgemeinden oder Großkreisen bestehen. Als Hindernis zwischen Großstadt und ländlichem Lande sind die kleinen und Mittelstädte als Selbstverwaltungskörper kulturell und wirtschaftlich nicht zu entbehren. Die Reform der kommunalen Verwaltung darf nur gelöst werden in Übereinstimmung mit den Grundzügen der großen Verwaltungsreform.“

Wieder ein Todesurteil auf Indizien.

Im Reutlinger Mordprozess wurde am Dienstag nachmittag das Urteil gefällt. Der Angeklagte, Versicherungsagent Drauer, wurde wegen Mordes an dem Dienstrecht Kolbe zum Tode, wegen Verharmlosungsbetruges zu 3 Jahren Zuchthaus und zu dauerndem Ehrenrechtsverlust verurteilt; der

und dann war nichts mehr zu tun. Sie war fertig zum Schlafen. Sie lehnte mit dem Rücken gegen das Fensterstirn. Es entstand eine Spannung wie zwischen einem Liebespaar, das noch nicht durch Vertrautheit verbunden und zufällig allein in ein Zimmer geraten ist.
„Ich besäße genau fünfunddreißig Pfennige“, sagte er mit einem unheimlichen Grinsen.
Ihr Finger deutete: „Sie könnten dort auf dem Dwan schlafen.“ Die Hand rührte sich sofort wieder auf das Sims.
Als er den Blick vom Dwan weg ihr wieder zuwandte, fand sie schon vor dem Wägelchen. Sie wählte das schönste Leinwand, überzog ein Kissen aus ihrem Bett. „Am besten, wir reden ihn an die Wand.“
Sie rückten zusammen den Dwan an die Wand.
Anna beugte sich hinab, das Bettzeug anzubereiten, genau so, wie er sie gesehen hatte, als er Tausende Kilometer entfernt in der Steppe gelegen war.
„Ich löse aus“, sagte sie, als es schon finster geworden war. Beim Aufstehen verzerrte er sich einmal reglos und härmte auf das ganz leise Geräusch. Auch sie verzerrte sofort reglos, sein übergeschlagen, beide Hände am Kopf halb herabgestreckten Strumpf.
Als er lag, Hände unterm Kopf, Augen horchend offen, und eine Weile gar nichts vernahm, fragte er: „Siehst du denn schon?“
Fragte noch einmal. An ihrem Ja fühlte er, daß auch sie überwach die Augen offen hielt.
Das verklärte Lachen der Großstadt, unterbaut von dunklen Hypenbüschen jera und nach, umfand die tiefe Stille des Zimmers. Zurückgehend vor der Intimität des Geräusches, rührte Anna sich nicht im Bett. Erst als sie das Gleichmaß seines Atems vernahm, wechselte sie vorsichtig ihre schon un bequem gewesene Lage.
Der Heimgedanke hatte seit Wochen nicht mehr zwischen reiner Verwirrung geschlafen. Seine Beiratsstellen zuden vor Lebensanregung, Sitzmuster, glühende, weite Wasserflächen, Lebensanregung, dunkler Wald, die endlos weisse Landschaft, Fern- blicke und wüchtig nahe Einzelheiten zuden durch ihn durch wie ein in launend Stücken zerstückelter und wahllos wieder zusammengefügter Naturfilm.
Da sah sich, tief vertraut dem Träumenden, die heimatische Landschaft an. Er sah, schmerzhaft, wieder wie damals mit dem Vater aus der Stadt hinaus, querfeldein den Dnje zu, das

Angeschlagte Landwirt Krüger erhielt wegen Beihilfe Mord und wegen Verharmlosungsbetruges insgesamt 6 Jahre Zuchthaus bei 6 Jahren Ehrenrechtsverlust. Weiden Angeklagte werden 10 Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Der Richter erklärte in der Begründung des Urteils, daß das Verhalten der Schlüßigkeit des Indizienbeweises gegen den Angeklagten überzeugt sei.

Hoffentlich täuscht sich das Gericht diesmal nicht so, wie im Fall Jakubowski. Auch dieser Indizienbeweis ist ziemlich schwach. Wann wird diesem Gericht einmal vor seiner Gottähnlichkeit hänge werden? Wir erwarten jedenfalls, daß der Verurteilte schon zur Sicherung gegen einen neuen Justizmord, diesmal in jedem Fall zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt wird.

Regelung in der Sammelschulfrage.

Die Rechtslage bleibt unberührt.

Im Preussischen Kultusministerium haben, im Anschluß durch die bekannten Vorfälle während der letzten Monats Verhandlungen über eine Regelung der Sammelschulfrage stattgefunden, mit dem Ziele, auf diesem unpolitischen Gebiet den Schulfrieden zu sichern.

Kultusminister Dr. Becker gibt nunmehr die Regelung bekannt, durch die die Frage geregelt wird. Der Reichliche Preussische Pressedienst teilt aus der Ministerialverordnung folgendes mit:

„Bei der Errichtung von Sammelfassen für die nicht Religionsunterricht teilnehmenden Kinder sind verschiedene zu erhebliche Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, daß ein Reihe von Schulverbänden der Schulfrieden ernstlich gefährdet wurde. Um für die Zukunft derartige Störungen zu vermeiden und jeder Schädigung des bestehenden Schulwesens durch die Errichtung von Sammelfassen, wo sie notwendig erscheinen, möglichst vorzubeugen, wird der geltende Rechtslage entsprechend folgendes angeordnet:

1. Die Nichtteilnahme am Religionsunterricht kann jederzeit erklärt werden. Die Erklärung ist abzugeben gegenüber dem Leiter der Schule, welche das abgemeldete Kind besucht. Hinsichtlich der Form verbleibt es bei der früheren Anordnung.

2. Die Umschulung von Religionsunterricht abgemeldeter Kinder in eine Sammelfasse kann nur zum Diktumtermin erfolgen. Der Wunsch der Erziehungsberechtigten ist in schriftlicher Form dem zuständigen Schulfür zu teleiten. Übermittlung durch den Schulleiter oder durch beliebige Dritte ist zulässig. Er muß bis zum 1. Dezember beim Schulfür eingegangen sein. Nach diesem Termin eingegangene Wünsche dürfen nicht berücksichtigt werden.

3. Die Erklärung der Nichtteilnahme am Religionsunterricht und der Wunsch auf Umschulung vom Religionsunterricht abgemeldeter Kinder in eine Sammelfasse können wie folgt miteinander verbunden werden:

„Wir melden unser Kind von der Teilnahme am Religionsunterricht ab und wünschen seine Einschulung in die bestehende Sammelfasse oder Einschulung in eine Sammelfasse, falls eine solche eingerichtet werden sollte.“

4. Der Schulfür hat die eingegangenen Wünsche auf Umschulung mit dem Schulleiter durchzuprüfen und die dann gesammelten sofort der Schuldeputation (dem Schulvorstand) unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Regierung (des Provinzialschulkollegiums) zu übermitteln.

5. Die Errichtung von Sammelfassen ist eine verwaltungsorganisatorische Maßnahme zur Behebung schultechnischer Schwierigkeiten im Schulverband. Daher hat die Schuldeputation (der Schulvorstand) als Organ der Schulaufsichtsbehörde zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die Anzahl der vorliegenden Anträge und mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse das Bedürfnis zur Errichtung einer Sammelfasse oder eines Sammelunterrichts vorhanden ist. Die Schuldeputation (der Schulvorstand) hat ihre Entscheidung der Regierung (dem Provinzialschulkollegium) bis zum 1. Februar eines jeden Jahres vorzulegen. Nach diesem Termin eingehende Anträge der Schuldeputation (des Schulvorstandes) dürfen nicht berücksichtigt werden. Erachtet die Regierung (das Provinzialschulkollegium) im Eigenen der Schuldeputation (Schulvorstand) das Bedürfnis nach Errichtung von Sammelfassen für erwiesen, so ist dem Minister nach Errichtung Ebenfalls erwartet der Minister Bericht, falls durch die Errichtung Kosten entstehen und die Gemeindegane deren Bewilligung abgelehnt haben.“

Zuspizung der griechischen Krise.

London, 19. Juni. Wie aus Athen berichtet wird, hat die innenpolitische Lage in Griechenland eine weitere Zuspizung erfahren. Neben dem Tabakarbeiterstreik, der allem Anschein nach immer noch im Wachen begriffen ist, obwohl allerdings eine Beteiligung von Teilen der griechischen Marine nachdrücklich demotiert wird, hat die Organisation der griechischen Beamten ein Ultimatum an die Regierung gerichtet, das innerhalb einer Frist von 48 Stunden die Annahme ihrer Forderungen auf Erhöhung der Gehälter verlangt und im Falle der Ablehnung mit Arbeitsniederlegung droht.

zwischen mitgewellten Hügel in der Sonntagsmorgensrische liegt. Sie kehren ein im Dorfmitzhaus, sitzen unter einem alten Baume. Daneben ist der blumenbunte Garten. Draußen geht wieder der alte Bauer vorüber durch den Sonntagsfrieden der Dorfstraße. Er grüßt.
Der Vater scherzt mit der Wirtstochter, sagt sie, wie damals am Arme.
„Du darfst sie nicht anfassen“, sagt Karl, „das ist ja Anna.“
Der Vater zieht sofort die Hand zurück.
Da legt die Wirtstochter den Arm um Karls Schultern und schiebt ihm mütterlich das hohe Milchglas zu.
Ruhvolles Glücksgefühl der Geborgenheit hob ihn aus dem Traume.
Anna schlief.
Ergriffen plötzlich von dem Gefühle feuerster Verantwortung, lauschte er dem Mykterium eines im Schlafe atmenden Menschen. Danksbarkeit überwältigte ihn.
III.
Richard sitzt auf dem Feldbett in der Weißblechhütte. „Hörst du?“ Spitzt den Mund und macht Karl vor, wie der Gasslöcher zu Hause pfeift.
Der Eisenbahngang läuft schwarz in die Ebene hinein, schließt sich am Horizont strichdünn durch das Grün: Karl lauscht auf das langgezogene, ferne, kaum vernehmbar ferne Pfeifen des Lokomotives, das aus Richards behutjam zugespitztem Munde tönt und öffnet die Augen.
Morgensonne lag in der Wohnküche. Auf dem Gastloft dessen verstopfter Brenner monoton pff, stand ein Aluminiumtopf voll dampfenden Kaffeewassers. Annas Bett war leer, die Decke zurückgeschlagen.
„Hier? Sie haben doch immer nur zwei.“ Der Bäcker grub in dem Berg nach noch zwei braunen Semmeln, wie Anna sie liebte. „Und jetzt auf einmal vier?“
Mühselig Freude hob aus ihrem Innern ein Räuschen herauf in das errötkende Gesicht: Die zwei Jahrgänge waren sehr gleichmäßig und weich.
Anna hatte die milchige Gesichtshaut der Rothhaarigen, trotzdem das dicke Haar kaum bemerkbar rötlich war und auf den Seitenflügel der Nase gegen die Augen zu einige Sommerprollie.
Durch die jahrelang täglich hunderttausend Griffe in der Kartonsagenfabrik waren ihre durchbewegten Hände dünnlich geworden, gleich denen nervös-rastiger Frauen, die das Heulen von Zucht und Angst sind.

Holland vor Neuwahlen.

(Von unserem Amsterdamer Korrespondenten).

Amsterdam, im Juni (Eigener Bericht).

Die außerparlamentarische Regierung De Geer, die nach fünf Tagen am 3. März 1926 unerwartet auftrat, hat nun die dritte Session der Kammer, die allmählich ihrem Ende entgegengeht, überlebt, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß vor der Kammerwahl 1929 irgendeine sichergestellte Konstellation in den Niederlanden zu erwarten ist. Die Koalitionsregierung der alten Rechtsparteien ist sehr groß, aber weder die römisch-katholischen noch die christlich-historischen wollen sich vor den Wahlen binden, um im Wahlkampf freie Hand zu haben. Namentlich die christlich-historischen als grundsätzliche Antipapisten, die schon die christlichen ihres letzten Wahlkampfes mit einer scharfen Anfeindung der Katholiken befrachten haben, würden sich heillos kompromittieren, wenn sie jetzt noch in letzter Stunde zu den ersehnten Koalitionen der alten arbeitserfreundlichen Koalitionen, in der die Antirevolutionäre den Ausschlag geben würden, zurückkehrten.

Die Regierung De Geer bezeichnet sich als außerparlamentarisch, aber nach ihren parlamentarischen Taten ist sie nicht etwa überparteilich, sondern nur ein ausführendes Organ der Rechtsparteien. Ihre Mitglieder stammen aus den Reihen der Antirevolutionäre, römisch-katholischen und christlich-historischen. Der christlich-historische Arbeitsminister Slotemaker der Meinung, nicht entfernt daran, zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens überzugehen, weil die drei Arbeitgeberteilnehmer davon nichts wissen wollen, und der Kriegsminister Lambooy ist viel zu sehr Militär, als daß von ihm eine Abrüstungspolitik zu erwarten wäre. Eine parlamentarische Regierung wäre der heutigen verschleierte Diktatur der Rechtsparteien zweifellos vorzuziehen. Auch die Steuerpolitik der Ministerpräsidenten De Geer ist allein auf Erleichterung der Lasten der Besitzenden bedacht, während auf einen Abbau der hohen indirekten Abgaben auf Zucker und anderen wichtigen Nahrungsmitteln in keiner Weise geachtet wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei kann unter diesen Umständen den Wahlen des Jahres 1929 mit ruhigem Gewissen entgegengehen. Wenn das siebente Pflichtschuljahr mit dem 1. Juli dieses Jahres wiederhergestellt wird, so ist das im wesentlichen die Frucht ihres unermüdeten Kampfes gegen das Unrecht gegenüber etwa 60.000 Arbeiterkindern, die man aus Ersparsmaßstäben schon mit 12 Jahren alljährlich aus der Gemeindegemeinschaft. Die Sozialdemokratie hat unter Hinweis auf die Unmöglichkeit einer Verteidigung niederländischen Bodens im Kriegsfall andererseits so unerschrocken und zäh für die Abkämpfung, daß das Gewissen der weitesten Volksschichten beruhigt wurde. Sie hat immer wieder die Notwendigkeit einer Ratifizierung des Achtstundentagsabkommens in den Vordergrund gerückt, und sie hat sich namentlich des entrechteten indonesischen Volkes mit der größten Entschiedenheit angenommen. Die Wahlen von 1929 werden auch in Holland ein Volksgericht werden. Ein Ruf nach Ruhe ist die Hoffnung aller politischen Parteien. Die römisch-katholische Staatspartei

bereits mit den kommenden Wahlen, da die Unzufriedenheit unter den katholischen Arbeitern in jüngster Zeit merklich zugenommen hat. Die deutschen Wahlergebnisse in den Holland bezüglichen alten Hochburgen des deutschen Zentrums haben sie ruhig gemacht. Der Gegensatz zwischen katholischen Arbeitern und katholischen Arbeitgebern im Süden des Landes ist in den letzten Jahren größer geworden, und die Aussprüche über das Mitbestimmungsrecht auf seiner Konferenz der Partei, die vor kurzem stattfand, hat gezeigt, daß auch die katholischen Arbeiter mit großer Entschiedenheit das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben verlangen. Auf die Dauer wird der parlamentarische Leiter der Partei, Professor Nolens, mit einigen salbungsvollen Worten diese Gegenstände nicht mehr überbrücken können. Die Kommunisten haben in Holland gründlich abgewirtschaftet. Sie sind in eine Anzahl Sekten zerfallen, die sich gegenseitig mit Gummihämmern bearbeiten, wie kürzlich wieder die Tagung der Sektion Holland der Internationalen Arbeiterliga gezeigt hat. Lou de Visser, die einzige parlamentarische Seele des niederländischen Kommunismus, wird in der Kammer kaum noch ernst genommen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Rechte Kammer vom Juli 1929 überhaupt keinen kommunistischen Vertreter mehr aufweisen wird. Die Selbstzerfleischung unter diesen Gruppen und Gruppchen ist so groß, daß sie nicht mehr zur Führung eines ernstlichen Wahlkampfes gegen andere Parteien in der Lage sind.

So wird das Ministerium De Geer sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch durch eine vierte Session hindurchschleppen, aber die Wahlen von 1929 dürften ein so klares Bild des Volkswillens ergeben, daß eine abermalige Verfälschung des deutlich bekundeten Volkswillens wie im Juli 1925 nicht mehr möglich sein wird.

Linkserfolg in Frankreich.

bei den Wahlen der Büros der Parlamentsauschüsse.

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahl der Büros der parlamentarischen Kommissionen, die am Dienstag stattfand, hat der französischen Linken einen neuen Erfolg gebracht. Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten wurde durch Affirmation der Sozialist Paul Boncour, zum Vorsitzenden der Finanzkommission wurde der Radikalsozialist Malvy gewählt. Die neuen Berichtstatter gehören ebenfalls den Linksparteien an. Die Gereiztheit der Rechten über ihre Niederlage kam in der Finanzkommission deutlich zum Ausdruck. Die 17 Mitglieder der Rechtsparteien versammelten unter Protest den Saal, um in einer besonderen Sitzung über ihren Austritt aus der Kommission zu beraten. Nach ihrer Rückkehr erklärten sie, künftig kein Amt mehr anzunehmen zu wollen und die gesamte Verantwortung für das Budget der Linken übernehmen zu müssen.

Die Wahl des ehemaligen Kriegsministers Maginot zum Vorsitzenden der Armeekommission vermag die neue Niederlage der Rechten nicht wegzumachen. Auch innerhalb der Regierung scheint die Ver Stimmung über die überraschende Wiederherstellung des längst totgeglaubten Kartells sehr groß zu sein. In den Wandelgängen der Kammer wurde am Dienstag abend bereits sehr ernsthaft von der Möglichkeit einer Krise gesprochen. Es gilt keineswegs als ausgeschlossen, daß Poincaré nach dem Scheitern der Stabilisierung aus dem Verfall seiner Koalition die Konsequenzen ziehen wird.

Poincaré soll zurücktreten.

Paris, 20. Juni. (Eig. Funkbericht.)

In der Kammer weht Krisenluft. Die Rechte will ihre Niederlage bei den Präsidentenwahlen in den letzten großen Kammerkommissionen nicht ohne weiteres hinnehmen. Da sie den Ministerpräsidenten Poincaré dafür verantwortlich macht, verlangt sie daß er sofort nach der Stabilisierung des Franken demissioniere. Er habe mit aufreizender Gleichgültigkeit zugehört, wie diejenigen Parteien, die auf seinen Namen gewählt wurden, von einer Wiederherstellung des Linkskartells jenseitigert worden seien. Auf der Linken verheimlicht man sich den Ernst der Lage nicht, die durch die Rückkehr der Rechten geschaffen wurde. Der sozialistische Populäre erklärt heute offen, daß das Schicksal des Kartells auf dem Spiele stehe. Der „Quotidien“ fordert die Linke zu energischem Zusammenstoß auf, damit die Rechtsparteien nicht noch im letzten Augenblick die Stabilisierung des Franken gefährden könnten. Der „Matin“ glaubt voraussetzen zu können, daß die Diskussion über das Stabilisierungsgesetz am nächsten Sonntag viel schwieriger werden würde. Vorausgesetzt werde die Kammer den ganzen Sonntag dazu brauchen, so daß der Senat erst in der Nacht auf Montag dazu Stellung

wird nehmen können. Im allgemeinen scheint in parlamentarischen Kreisen die Ansicht zu herrschen, daß es Poincaré nur dann gelingen werde, sein Kabinett noch bis in den Herbst hinein zu retten, wenn er die Kammer sofort nach der Stabilisierung in die Ferien schickt.

Neue Krise im Elsch.

Kasse und Aidlin nicht freigegeben.

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Antrag der beiden elschischen Abgeordneten Kasse und Aidlin auf sofortige Haftentlassung ist, wie aus Kolmar berichtet wird, vom Oberlandesgericht abgelehnt worden. Damit wird die Kontroverse um das Elsch in ihrer ganzen Schwere vor neuem aufgeworfen; denn nur die Annahme, daß das Gericht den Freilassungsanträgen entsprechen werde, hat die elschischen Abgeordneten in der Kammer zu einer abwartenden Haltung bestimmt.

Paris, 20. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Der elschische Abgeordnete Walther hat den Kammerpräsidenten schriftlich benachrichtigt, daß er schon in der heutigen Sitzung die endgültige Freilassung der beiden verurteilten Abgeordneten verlangen werde.

Sonntag endgültige Sanierung des Franken.

Paris, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Abschluß der Sanierung des Francs wird nunmehr offiziell für Sonnabend angekündigt. Am Sonnabend nachmittag wird das französische Kabinett eine außerordentliche Sitzung abhalten und im Anschluß daran das Stabilisierungsgesetz in der Kammer einbringen. In der Nacht zum Sonntag soll es bereits verabschiedet werden, so daß am Sonntag die legale Stabilisierung zur Tatsache geworden ist.

Die sozialistische Fraktion hat die Finanzkommissionen, die Abgeordneten Bedouze und Renaudel, beauftragt, ein Finanzprogramm auszuarbeiten, das in der Kammer bei der Diskussion über die Stabilisierungsgesetze zur Abstimmung gebracht werden soll.

Ein übler Geschäftemacher.

Am letzten Sonnabend wurde der frühere Landeshaupmannstellvertreter von Tirol, Dr. Grüner, auf Grund eines richterlichen Haftbefehls in seinem Berliner Hotel festgenommen und dem Gericht vorgeführt. Der am Sonntag antretende Vernehmungsrichter hat ihn jedoch gegen eine Kaution von 3000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Verhaftung erfolgte wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Grüner hatte, wie sein Rechtsbeistand mitteilt, während der Inflationszeit in Berlin ein Grundstück gekauft und damals auf Drängen des Verkäufers die „formulärmäßige eidesstattliche Versicherung“ abgegeben, die den Kaufpreis wesentlich niedriger erscheinen ließ. Damit sollte, wie der Rechtsbeistand naïv oder zynisch zugibt, der Staat um die Wertzuwachssteuer geprellt werden. Der Verkäufer, der angeblich die gleiche Erklärung abgab, hat nun Dr. Grüner bei der Staatsanwaltschaft denunziert und seinen Haftbefehl erwirkt.

Dieser Dr. Grüner war sozialdemokratischer Abgeordneter im Tiroler Landtag, und als solcher zum stellvertretenden Landeshauptmann gewählt. Er ist schon vor längerer Zeit aus der sozialdemokratischen Partei Österreichs ausgeschlossen worden, weil sein politisches und persönliches Verhalten ihn weit ab von der klaren Linie unserer österreichischen Bruderpartei führte. Den Bürgerlichen im Tiroler Landtag gefiel er indessen so gut, daß sie ihn nachträglich von sich aus in den Bundesrat wählten. Das Mandat hat er indessen nicht ausgeübt. Grundstücke in Berlin betätigen uns, wie richtig es war, daß ihn die österreichischen Genossen aus ihren Reihen entfernten.

Neue Verluste der Wiener Postsparkasse.

Wien, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Kuratorium der Postsparkasse hat am Dienstag nachmittag der Vertreter der Arbeiterkammer, Hofrat Stern, festgestellt, daß nicht nur 53 Millionen, sondern noch weitere 125 Millionen Schilling als Verlust eingeleitet werden müssen, so daß insgesamt nicht weniger als 178 Millionen Schilling, also 105 Millionen Mark, als Verlust der Postsparkasse zu verzeichnen sind. Im Kuratorium der Postsparkasse wurde u. a. erwogen, alle Schuldigen Bankdirektoren zum Schadenersatz heranzuziehen.

Polen kann nicht mehr tun.

Die Antwort Polens an Rußland.

Die Antwort der polnischen Regierung auf die Note Tschitcherins über die Maßnahmen Polens gegen die Emigrantenorganisationen dürfte — wie uns aus Warschau gemeldet wird — dahin lauten, daß Polen sich aufrethaltend erklärt, über die bisher getroffenen Maßnahmen hinausgehen zu wollen.

Zaleski und die Rheinlanddrängung.

Warschau, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Außenminister wandte sich am Dienstag in einer Erklärung vor Vertretern der auswärtigen Presse gegen die Vorwürfe der deutschen Presse hinsichtlich seiner Pariser Reise. Er habe niemals auf einen Zusammenhang zwischen Rheinlandbesetzung und Sicherheit Polens hingewiesen. Zaleski gab dagegen zu, daß seiner Ansicht nach das Bestreben, die bestehenden Grenzen auf friedlichem Wege zu revidieren, den Versuch einer Revision mit Waffengewalt völlig ausschloß. Wenn Deutschland das nicht einsehe, so könne er an dessen Friedenswillen nicht glauben. Auch die Männer der neuen deutschen Regierung, denen man wohl Vertrauen entgegenbringen dürfe, blieben nicht ewig am Steuer, jedoch eine Sicherung der polnischen Grenzen weiterhin notwendig sei.

Der polnische Außenminister hat sich in seiner jüngsten Erklärung vor der Presse u. a. äußerst verzerrt ausgedrückt. Auf der einen Seite bestreitet er einen Zusammenhang zwischen der Rheinlanddrängung und der Sicherheit Polens, konstruiert zu haben, um dann die These aufzustellen, daß eine Sicherung der polnischen Grenzen weiterhin notwendig sei. Auf welche Weise will er die erhöhte Sicherheit erhalten? Die einzige Möglichkeit besteht für ihn doch lediglich noch im Zusammenhang mit der Rheinlanddrängung. Inwiefern trifft es zweifellos zu, daß Zaleski sowohl in Paris wie in Brüssel die Frage der polnischen Sicherheit im Zusammenhang mit der Rheinlanddrängung erörtert hat. Wie wir dazu stehen, haben wir erst dieser Tage zum Ausdruck gebracht. Die Locarno-Verträge sind nach wie vor für Polen und für Deutschland bindend. Deutschland darf nicht daran denken, die Grenzen im Osten gewaltsam zu ändern.

Die Verhältnisse in China.

Die nationalistische Regierung herrscht die Situation, sie steht im Begriff, ihre kommende Tätigkeit klar zu skizzieren. Liquidierung des Bürgerkriegs und friedlichere Aufbauarbeit sollen einander folgen. Ohne daß auf Verfassungsfragen näher eingegangen wird, heißt es im Regierungsprogramm, daß die Regierung auf verfassungsmäßiger und gesetzlicher Grundlage arbeiten werde. Um das möglich zu machen, sollen alle militärischen Beamten aus der Zivilverwaltung herausgenommen und die bestehenden Armeen demobilisiert werden. Ferner will man unter Befreiung von allen drückenden Lasten eine einheitliche Steuererhebung schaffen. Dieses knappe Regierungsprogramm ist der erste Schritt zur Selbstregierung des chinesischen Volkes, durch die das staatliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben Chinas sehr wesentlich gefördert werden wird. Ein Volk nach dem anderen meldet sein Recht auf Eigenleben an, ein Volk nach dem anderen bäumt sich gegen willkürliche Auspönerung durch fremde Kapitalisten auf, und auch Chinas Erwachen ist eine Nothwendigkeit für die europäischen Kulturvölker, sich zu verständigen, um sich durch bessere inereuropäische Organisation wirtschaftlich behaupten zu können.

Peking, 19. Juni. Meldungen aus Nanking zufolge hat die Nankingregierung die japanische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß bei dem Zusammenstoß der japanischen und chinesischen Truppen in Tsinanfu von japanischen Truppen 4200 Personen getötet und zirka 8000 Personen verwundet wurden. Die Verluste Chinas betragen über 41 Millionen Dollar. Die Nankingregierung macht Japan für diese Verluste verantwortlich und erucht um Entschädigung. Außerdem protestiert die Nankingregierung gegen die Beleidigung der Flagge der neuen chinesischen Regierung.

Peking, 19. Juni. Wie aus Nanking gemeldet wird, gibt Tschiangkaiſchek die Uebernahme des Oberbefehls über die Nanking-Truppen bekannt. Die Befehlsübernahme erfolgt zu folgenden Bedingungen: Tschiangkaiſchek ist Oberbefehlshaber über Armee und Flotte der Nankingregierung. Die Generale Fung und Yen werden Tschiangkaiſchek unterstellt. Tschiangkaiſchek wird gestattet, eine neue Armee von 70.000 Mann zu bilden. Tschiangkaiſchek bekommt Vollmachten zur Bekämpfung des Kommunismus in Süchina.

Letzte Nachrichten.

Die Suche nach Nobile.

Die Flieger können ihn nicht finden, aber Nobile sieht die Flieger.

Die „Citta di Milano“ meldet, daß die norwegischen Flieger auch am 18. Juni einen Erkundungsflug in die Gegend, in der sich Nobile befindet, unternommen haben, ohne daß sie ihn jedoch gesehen hätten. Der General habe dagegen das Flugzeug bis auf zwei Kilometer nähern gesehen.

Ein Funkpruch der „Citta di Milano“ meldet, daß Dienstag, 5.25 Uhr, Madalena zur Suche nach Nobile gestartet und um 11.45 Uhr unverrichteter Dinge wieder zurückgekehrt ist. Er habe Nobile trotz eifrigem Suchens nicht finden können.

Da in Kinoshay noch keinerlei Nachrichten über das französische Flugzeug „Lathan“ mit Anwandern und seinen Begleitern an Bord eingetroffen sind, nimmt man an, daß sich die Expedition direkt nach dem Nordostland begeben hat.

Die „Hobby“ ist nach Ueberwindung größerer Schwierigkeiten in der Nacht auf Dienstag wieder in Neu-Wales und eingetroffen. Das Fahrzeug hat mit Eisgefahr und Schmelzwasser schwer zu kämpfen gehabt.

Wie mitgeteilt wird, hat der russische Eisbrecher „Arassin“ am Dienstag nachmittag Korjör auf dem Wege nach Norden passiert.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Schiedsrichter-Ausschuh. Zu dem an der Raft am 21. Juni im Stadion steigenden Fußballspiel sind folgende Genossen als Linienrichter ausgestellt: Grünich (B.L.), Galtin (B.L.), Kreißamer (Wader), Engel (Süd-Dit), Krählig (Silecia-Rider), Kühnel (West). Als Schiedsrichter: Genosse Duara (West). Linienrichter erdienen in Vereinsportkleidung, kurze weiße Socke. Richterzeichen wird bestrakt.

Laut Versammlung vom 15. Juni wurden folgende Sportgenossen als Vorstandsmitglieder gewählt: 1. Vorsitzender: Ermin Schmidt, 1. Kassierer: Georg Kanauer, 1. Schriftführer: Herbert Ludwig, 1. Sportwart: Erich Garbow. Sämtliche Fußballisten sind an Sportgenossen Herbert Ludwig, Breslau 10, Matthiasstraße 157, III, Gartenhaus, zu richten.

Sportplatzausführung am Mittwoch, den 20. Juni, 20 Uhr, in der „Erholung“, Eichenparade. Sämtliche Obste haben zu erscheinen.

Sandball. Karien und Makale für die Verbandsmeisterchaften müssen bei U. Schönfeld, Wiener Straße 19, bald abgeholt werden. Für die Mannschaft aus Halle fehlen noch ein Teil Quartiere. Am 27. Juni, 8 Uhr, bei Hank, Leutenstraße 34, Sitzung.

Freie Rudervereinigung Breslau, E. B., Donnerstag, den 21. Juni, alles 18 Uhr im Stadion. Letzte Probe der Raft-Freiwandern, sowie der Läufer. Ruderbetrieb fällt an diesem Abend für die Jugend aus. „Raft“-Programm und Busch-Karten am Freitag im Bootshaus abbrechen.

E. B., „Beibon“, E. B., zum Training für Sonntag sind sämtliche Läufer heut nachmittag um 6 Uhr im Stadion, kleine Kampfbahn, Morgen, Donnerstag, männliche Mitglieder um 6 Uhr mit Badehose im Stadion, Freitag beteiligen wir uns an der Raftveranstaltung der Goldschmiedener Genossen. Raftfahrt zwischen 6 1/2 Uhr Strassauer Platz (Waldweg). Einfließen für die Sonnabend- und Sonntag-Veranstaltungen an der Raft im Pölselbad. Meldungen für die Schwimmfeste in Pölsel am 1. Juli, Schweidnitz und Weitzers am 8. Juli können noch bis Freitag im Pölselbad abgegeben werden.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, E. B., Mittwoch, den 20. Juni, Abendwanderung, Treffpunkt 7 Uhr Freiheitstraße, Führer Weibrauch, oder um 8 Uhr Fürttenbrücke, Führer Föhler. Sonntag beteiligt sich alles bei der „Raft“, Treffpunkt 12 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus.

Arbeiter-Klubs-Bereich Breslau, Donnerstag, 21. Juni, nach Schluß der Arbeitsstunde: Vorstandssitzung bei Pawellek, Schweidnitzstraße 10.

Vorkämpfe am „Raft“. Bei dem Hallensportfest Sonnabend, den 23. Juni, im Zirkus Lust werden drei Paare antreten.

Arbeiterklub-Bereich. Im Rahmen der Reichsarbeiterportwoche veranstalten die Arbeiterklubs am Donnerstag, den 21. Juni, von 15-19 Uhr, auf den Schießständen im Schiedsweider ein Werbeschießen. Geschlossen wird mit Großkaliber auf 175 m Entfernung (20-Ringschieße) 3 Schuß 60 Pf. und Kleinkaliber auf 50 m Entfernung (10-Ringschieße) 5 Schuß 20 Pf. Teilnehmen kann jeder, einer Arbeiterorganisation angehörende über 17 Jahre alt Arbeiter.

Arbeiter-Radsport-Bereich „Breslau“, Jugendfahrer zur Raft nach Bad Randeck am 30. Juni und 1. Juli haben unter Vorsitz des Mitteilungsbeirates und 4. Mart Fahrbericht bis Freitag, den 22. Juni, bei Jugendleiter Arthur Rischke, Heudorfstraße 58, Gartenhaus, zu entrichten. — 4. Uebungstag, Donnerstag, den 21. Juni: Abendtour nach Weitzersdorf, Start 6 1/2 Uhr Waterlooplatz. — 2. Uebungstag, Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr: Abteilungsabend bei Klante, Heudorfstraße 7, Donnerstag, den 21. Juni: Abendtour, 7 Uhr, vor dem Vereinslokal. — 3. Uebungstag, Mittwoch, den 20. Juni: Abendtour, 7 Uhr, Striegauer Platz.

Freie Arbeiter. Mittwoch, den 20. Juni im Kanonenhof, Talchstraße 29/31: Bericht über die Rafttagung in Dresden. Freitag, den 22. Juni, in der Turnhalle Bohrauer Straße 55: Gemeindefest.

Arbeiter-Gesangsverein. Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Rother „Herzogin“ Matthiasstraße 56: 25-tägige Jubiläumskonzerte des „Raft“.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. Juni 1928.

Spotten ihrer selbst.

Wertwürdige Vorträge auf der Tagung der Vorstände der Landwirtschaftskammern.

Unter volkswirtschaftlicher Mitarbeiterschreibt uns:

Am Montag begann im Landeshause in Breslau die 40. Konferenz der Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern. Neben einem Vortrag des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Niederschlesien, Amtsrat v. Bernuth, über „Die Landwirtschaft Niederschlesiens“ ist das Interessanteste an der Tagung die Wirtschaftsprobleme des Ostens. Die Landwirtschaftsprobleme des Ostens“ hat Prof. Laubert in seinem Vortrag ein großes Klagelied über die politischen und wirtschaftlichen Gefahren, die dem Osten von Polen her drohen sollen. Der deutsche Osten ist nicht nur wirtschaftlich in schlimmer Lage, sondern befindet sich auch nationalpolitisch in großer Gefahr. An sich schon habe eine dichtere Bevölkerung, als sie der deutsche Osten aufweist, der sich zudem dauernd weiter entvölfere. Was die Bevölkerung noch, so sei die Gefahr vorhanden, daß die Slawen immer mehr nach Ostdeutschland einbrängen und die deutsche Bevölkerung verdrängen. Die polnische Politik gehe darauf aus, eine solche Durchdringung des deutschen Ostens durch die Polen zu fördern. Es schaffe um die östliche Grenze des Reichs her neue Verkehrswege an und verbillige seine Tarife, um die Transporte von den deutschen Transportwegen abzugeben. Die Polen fänden die heutigen Grenzen gegen Deutschland durchwegs nicht als endgültig auf. Allerdings nicht in dem Sinne, daß sie an eine Wiederabtretung des von Deutschland abgetretenen Gebietes an Deutschland dächten, sondern daß sie eine weitere Verschiebung der deutschen Ostgrenze zu ihren Gunsten planten.

Bei einer näheren Darlegung dieser Verhältnisse verwickelte der Vortragende aber in merkwürdige Widersprüche. Zunächst sei seine Schilderung der politischen Verhältnisse und Beziehungen in sich widerspruchsvoll. Zunächst ist der Vortragende so, als ob die polnische Behauptung, Polen sorge für die breiten Massen der ländlichen Bevölkerung auf Kosten des Großgrundbesitzes, nur eine leere Behauptung sei. Später soll er dann aber selbst fest, daß im Lauf der letzten Jahre an Stelle der aus der Grenzmark ausgewichenen 34000 Völker mit einem Bodenbesitz von 11 Millionen Hektar die Polen rund 2 Millionen Neuerwerber jeckhaft gemacht hätten. Damit ist zugegeben, daß tatsächlich die Polen in großem Umfange Siedlungspolitik getrieben haben, sehr zum Unterschied von Deutschland, wo die Siedlung immer noch in ihren Anfängen stehe. Wertwürdig ist, daß der Vortragende, der bei keinem Vortrag den Befehl der versammelten Landwirtschaftsvertreter auch feststellte, daß Polen systematisch versuche, eine immer größere Zahl seiner Arbeiter nach Deutschland zu erreichen. Gerade darin liegt er auch eine der großen nationalen Gefahren für uns. Der Vortragende schweigt sich aber völlig aus über die Tatsache, daß diese Politik der Polen gerade vom deutschen Großgrundbesitz nach Kräften gescheitert wird, denn gerade der deutsche Großgrundbesitz bemüht sich seit Jahren, bei den deutschen Regierungstellen durchzusetzen, daß das Kontingent an polnischen Landarbeitern, das nach Deutschland herein gelassen wird, vergrößert wird. Auch die sozialpolitisch rückständige Politik des deutschen Großgrundbesitzes, die die Hauptursache für die Abwanderung deutscher Landarbeiter vom Lande und damit der immer wachsenden Entvölkerung des Landes bei uns ist, wurde vom Vortragenden nicht erwähnt, wohl gerade sie es doch auch andererseits ist, die das immer stärkere Hereinströmen polnischer Landarbeiter nach Deutschland verhindert. Wenn man also einmal voraussetzt, daß die Behauptungen des Vortragenden über die großen nationalen Gefahren, die dem deutschen Osten von Polen her drohen, richtig sind, dann muß an gerade zu der schärfsten Verurteilung der Arbeiterpolitik des deutschen Großgrundbesitzes gelangen. Die gefährlichste nationale Gefahr kann nur dadurch beseitigt werden, daß die Großgrundbesitzer des deutschen Ostens endlich dazu übergehen, ihren Landarbeitern auskömmliche Löhne zu zahlen, ihnen menschenwürdige Wohnungen anzuweisen und sie anständig zu behandeln, ferner aber dadurch, daß Deutschland selbst dazu übergeht, in großem Maße die Hauptursache im deutschen Osten zu siedeln. Zu diesem Zwecke sind aber große Landababtretungen durch die Großgrundbesitzer des deutschen Ostens notwendig. Nur wenn der Großgrundbesitz des deutschen Ostens in starkem Maße aufgeteilt wird, wenn sich also die großen nationalpolitischen Gefahren beseitigen, die nach Auffassung des Vortragenden und der Vertreter der verschiedenen preussischen Landwirtschaftskammern dem deutschen Osten drohen.

Endlich kann den nationalen Gefahren und ihrer Ursache, der Entvölkerung des deutschen Ostens, in großem Maße nur durch gehandelt werden, daß neben einer umfassenden Siedlungspolitik eine systematische Industrialisierung des deutschen Ostens tritt. Zu diesem Zweck ist es aber notwendig, mit Polen zu einem Handelsvertrag zu gelangen, der der Veredelungsindustrie im deutschen Osten ausreichende Absatzgebiete sichert. Denn die Steigerung der Industrialisierung des deutschen Ostens kann nur auf dem Gebiete der Veredelungsindustrie erfolgen. Eine Erleichterung der Produktion ist wegen Beschränkung der im deutschen Osten vorhandenen Rohstoffmengen nicht möglich. Ueberhaupt wurde die verhältnismäßig geringe Steigerung der Produktion im deutschen Osten, die evtl. herbeigeführt werden könnte, durch eine Vergrößerung der Veredelungsindustrie ohnehin aufgehoben werden, da die vergrößerte Veredelungsindustrie auch entsprechend mehr Rohstoffe verbraucht. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß der ostdeutsche Großgrundbesitz endlich in die handelspolitischen Verhandlungen einwilligt, die Polen gemacht werden müssen, wenn wir von Polen einen Handelsvertrag erhalten wollen, der den Produktionen der ostdeutschen Veredelungsindustrie neue Absatzgebiete öffnet. Unter diesen Gesichtspunkten übertragen die stesitischen und ironischen Ausführungen des Vortragenden über die Weltplanwirtschaft, die Deutschland die Aufgabe zeweist, eine große Veredelungsindustrie zu entwickeln, ebenfalls dem Grundgedanken des Vortragenden, daß nämlich alles getan werden müsse, um der nationalen Gefahr der Entvölkerung des deutschen Ostens durch die Polen entgegenzutreten.

Ganz falsch ist es auch, wenn der Vortragende sagte, daß eine Förderung der Veredelungsindustrie im deutschen Osten eine Verdrängung der Landwirtschaft bedeuten müsse. Sie wird vielmehr eine Zurückdrängung der extensiv betriebenen Landwirtschaft auf den Latifundien des deutschen Ostens und damit der großen Latifundien des Ostens selbst mit sich bringen, aber nicht die Zurückdrängung der Landwirtschaft überhaupt. Lediglich eine Umstellung der Landwirtschaft auf Klein- und Mittelbetriebe und eine stärkere Bewirtschaftung würde dadurch im Zusammenhang mit der Siedlungspolitik bewirkt werden. Im übrigen würde die Landwirtschaft des deutschen Ostens durch die Vergrößerung der Veredelungsindustrie im deutschen Osten sogar noch gewinnen, weil

Ein Tag am Arbeitsgericht.

Lantieme ist auch bei minderer Arbeitsleistung zu zahlen.

Der Borarbeiter D. war bei einer hiesigen Holzfirma als Aufsichtsperson tätig. Für diese Funktion waren ihm außer seinem Gehalt noch 5 Prozent Lantieme vom Holzverkauf vertraglich zugesichert worden. Bei seiner Entlassung erhielt er aber nur den Lohn, nicht die ihm für die letzte Zeit zustehende Lantieme in Höhe von 335 Mark ausgezahlt. Die Firma beantragte vor dem Arbeitsgericht Abweisung, da die Leistungen des Klägers in letzter Zeit viel zu wünschen übrig gelassen hätten, die Lantieme also als Ansporn für besondere Leistungen zu betrachten sei. Außerdem wurde, wie üblich, von dem „Schaden“ erzählt, den er der Firma angerichtet habe. Das Gericht verurteilte sie trotzdem zur Zahlung der Lantieme, da Schadenerschaftsansprüche auch gegenüber der Lantieme nicht ausgerechnet werden dürfen.

Eine irrtümliche Auffassung

war es von dem bei der Wach- und Schließgesellschaft angestellten Schließler G., als er nach der Kündigung, ohne die Kündigungsfrist zu beachten, sofort vom Dienst fernblieb, dann aber vor dem Arbeitsgericht sich ein Wochenlohn von 30 Mark einklagte. Der Prozeß ergab, daß G. tatsächlich aufgefordert wurde, noch eine weitere Woche bis zum Ablauf der Kündigungsfrist Dienst zu tun, er aber offenbar glaubte, fristlos entlassen zu sein. Auf dem Vergleichswege erhielt er noch 20 Mark Entschädigung.

Hausangestellte haben Vertragsstrafe zu zahlen.

wenn sie nach abgeschlossenen Dienstvertrag ihre Stellung nicht antreten. Das war natürlich auch dem Rechtsanwalt St. bekannt. Als die von ihm gedungene Hausangestellte G. zur vereinbarten Zeit nicht antrat, strengte er mit Berufung auf die Hausangestelltenordnung Klage auf Zahlung der Vertragsstrafe in Höhe eines halben Monatslohnes von 15 Mark an. Vor Gericht behauptete er, erklärte sich das Mädchen zur Zahlung bereit. Der Rechtsanwalt ist aber vor der Kontursanmeldung bewahrt.

Manufakturshaden kann vom Lohne abgezogen werden.

Die in der Druckerei L. beschäftigte Einlegerin B. verletzte sich auf dem Wege zur Arbeit und konnte infolgedessen nicht ihre Arbeit so sauber als sonst verrichten. Es gab Manufaktur und

am Lohn tag 7 Mark Abzug. Vor dem Arbeitsgericht wurde sie belehrt, daß der Reichsarzt für das graphische Gewerbe ausdrücklich vorzieht, daß das Druckereipersonal für derartige Schäden aufkommen muß, wenn nicht andere Anordnungen — was hier nicht der Fall war — getroffen worden sind. Aus Billigkeitsgründen und der Eigenart der Ursache in diesem Falle wurde der zu erstattende Betrag auf 3,50 Mark herabgesetzt.

Anstellung oder unverbindliche Bortstellung?

Der Tanzpalaß Barberina suchte einen Geschäftsführer-Boloniar (!) und nahm mit dem Kaufmann C., dessen Sohn in Aussicht genommen war, Rücksprache. Es wurde vereinbart, diesen für 30 Mark (!) monatlich und freier Station einzustellen. Der Sohn des C. kündigte seine alte Stellung, kam nach Breslau und — wurde nicht eingestellt. Nun behauptet C., daß ein fester Anstellungsvertrag (auch eine mündliche Vereinbarung ist bekanntlich ein Vertrag) vorgelegen habe. Von der „Barberina“ wurde das natürlich bestritten. Der Inhaber wollte diese Unterredung ausdrücklich „unverbindlich“ geführt haben. Der Kläger bezeichnete diese Aussage unter dem ihm zugehörigen Eide als unwahr. Das Gericht entschied, daß dem Kläger, der inzwischen wieder in seine alte Stelle zurückgekehrt ist, 55 Mark der Klageantrag lautete auf 68 Mark als Schadenersatz zu zahlen ist, da die Beweisaufnahme ergeben habe, daß tatsächlich ein Anstellungsvertrag zustande gekommen war.

Lantieme des Schnapsbrenners.

Dem Brenner K. war vertraglich von der Landwirtschaftlichen Brenner-Genossenschaft 1/2 Prozent Lantieme zugesichert, die er auch alljährlich in Höhe von 100 bis 150 Mark ausbezahlt erhielt. Nur für das vergangene Jahr zahlte man ihm keine aus, weil er sich angeblich in auffälliger Weise gegen die Genossenschaftsmitglieder benommen haben soll. Also Klage vor dem Arbeitsgericht. Hier wurde vom Vertreter der Genossenschaft gesagt, daß die Lantieme hauptsächlich wegen schlechten Geschäftsganges in diesem Jahre nicht gezahlt wurde. Das ist natürlich kein Grund zur grundsätzlichen Verweigerung der Lantiemenzahlung und man einigte sich schließlich in einem Vergleich, der dem Kläger 50 Mark brachte. Diese Summe wurde mit Rücksicht auf den zurückgegangenen Geschäftsgang als angemessen angesehen.

Wer sind die Aktionäre der Volksfürsorge?

Immer wieder glauben Vertreter der Privatsekretariate damit aufzumpfen zu können, daß die Volksfürsorge doch auch eine Aktiengesellschaft sei, und es deshalb auf eine hinauskomme, wo sich die Arbeiter versichern. Diese Rechnung stimmt nicht. Die Volksfürsorge ist keine Aktiengesellschaft im üblichen kapitalistischen Sinne; ihre Aktien — 5000 Stück zu je 1000 RM, und 2000 Stück zu je 1000 RM. — befinden sich in jenem Besitz der freien Gewerkschaften und der Zentralverbände deutscher Konsumvereine angelegener Genossenschaften. Die Hälfte des 2 1/2 Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals ist übernommen worden vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeiterbank und folgenden Verbänden: Baugewerksbund, Beseidungsarbeiter, Bergarbeiter, Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Dach- und Stallsarbeiter, graphische Hilfsarbeiter, Holzarbeiter, Hotel-, Restauration- und Cafeangestellte, Hutarbeiter, Kupfer- und Schmiedearbeiter, Lederarbeiter, Lithographen und Stein drucker, Maler, Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter, Musiker, Nahrungsmittele- und Getränkearbeiter, Sattler und Tapezierer, Schornsteinfeger, Schuhmacher, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Deutscher Verkehrsbund, Zimmerer und Zentralverband der Angestellten. Die andere Hälfte entfällt auf die Großeinkaufs-Genossenschaft deutscher Konsumvereine und auf etwa 140 Konsumvereine und sonstige Genossenschaften.

Als gewerkschaftlich und genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft ist die Volksfürsorge also ein Unternehmen der deutschen Arbeitnehmerschaft.

In Gemeinschaft mit der „Schlesischen“

befindet sich die sogenannte „Arbeiterzeitung“ bei der Bericht-erstattung über das Goutreffen des Reichsbanners. Das Ganze war nach ihrer Meinung „geradezu kläglich“, die Anteilnahme der Bevölkerung „überaus gering“, und alles im allem war das Goutreffen ein Beweis für den Rückgang des Reichsbanners.

Der Leser laßt darüber, aber solche Bericht-erstattung ist in der Treiberei Straße vorzuziehen. Dort herrschen umgekehrte Wertungsbegriffe. Wenn nämlich eine Schallmetentapelle der Roten Frontkämpfer mit 16 Mann Gefolgschaft durch die Straßen zieht, dann ist das der „gewaltige Aufmarsch des revolutionären Proletariats“. Und wenn die Kommunisten mit vielem Theater am Neumarkt ganze 300 Mann zusammenbringen, dann ist das ein „Massenmeeting“ — sagt die „Arbeiterzeitung“.

Wo die Objektivität so auf dem Kopfe steht, korrigiert man nicht mehr.

Sozialdemokratische Partei.

Am Montag, den 25. Juni, 20 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die erste Vertreter-Versammlung unserer Partei statt.

Tagessordnung:

1. Stellungnahme zur Wahl der unbefohlenen Magistrate mitglieder.
2. Verschiedenes.

Anträge, die in der Vertreterversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen bis spätestens Freitag, den 22. Juni, statutengemäß dem Vorstand unterbreitet werden.

Wüntliches und volljähriges Erscheinen aller Vertreter ist unbedingt notwendig. Für die Vertreter werden den Distriktsführern noch besondere Karten ausgehändigt. Zutritt nur gegen diese besondere Vertreterkarte.

Bier Vorträge über Individualpsychologie.

Am 9. Juni sprach vor dem Volksbund für neue Erziehung der Berliner Individualpsychologe Otto Müller über die wissenschaftlichen Grundlagen der Individualpsychologie. In den folgenden drei Abenden versammelte sich in der Augustschule ein wissenschaftlicher Interessentenkreis aus den verschiedensten Berufsgruppen, um den Ausführungen desselben Redners über die Probleme der Menschenkenntnis, der Schwereerziehbarkeit, der Autorität und Disziplin zu folgen.

Im theoretischen Teil seiner Vorlesungen entwickelte Müller die wesentlichsten Gesichtspunkte, in denen die Individualpsychologie Dr. Alfred Adlers sich von anderen Richtungen der Psychologie unterscheidet. Da es sich bei allen Vorgängen der Bewußtwerdung und der Charakterveränderung um unwiederholbare, historische Prozesse handelt und die gesamte Vergangenheit des Individuums in jedem physischen Akt mehr oder minder tendenzlos verwendet mitwirkt, ist es unmöglich, die Anzahl der möglichen Ursachenketten auf dem Wege rein kausaler Forschung festzustellen. Adler hat durch Einführung der Lehre vom Ziel (Finalität) eine brauchbare Arbeitshypothese geschaffen, die es uns erleichtert, aus der unübersehbaren Fülle denkbarer Ursachenketten die im Einzelfalle wirksamen herauszufinden. Diese Theorie deckt sich mit der beobachteten Wirklichkeit. Jeder Mensch verhält sich in der Tat so, als ob er nach einem Ziele strebe. Das braucht ihm nicht bewußt zu sein; aber in jeder Situation verhält er sich so, daß der Bestand seines Zieles (Persönlichkeitsideals) garantiert erscheint.

Dies ist eine wichtige Regel der Menschenkenntnis, und es folgt daraus für die Erziehung, daß das Individuum mit seinem bislang vielleicht verdorrenen Ziel bekanntgemacht werden muß.

Erweist sich sein Ziel als untauglich für unser gesellschaftliches Zusammenleben, so muß das Ziel verändert werden. Gelingt das, so ändert der Mensch damit auch sein Verhalten, seinen Charakter.

Die Entstehung des Charakters erklärt der Vortragende nach der individualpsychologischen Theorie aus der organischen, der familialen und der sozialen Position des Kindes. Das Streben nach dem Ausgleich angeborener Organminderwertigkeiten und Positionsschwächen (autoritärer Druck der älteren Familienmitglieder; wirtschaftlicher Druck der sozialen Lage) verleiht dem Individuum seine eigenartige Charakterfärbung und führt in Fällen gemeinschaftswidriger Überkompensation zur Schwereerziehbarkeit (Trog, Aengstlichkeit, Neurotizität, Dummheit, Beharrlichkeit). Als pädagogisches Mittel zur Auflösung der Schwereerziehbarkeit kommt in erster Linie die Ermutigung in Frage, die das Kind — und auch der verirrte Erwachsene — aus dem Erlebnis seiner Tauglichkeit zu allmählich anwachsenden Leistungen bezieht. Solche Erlebnisse muß der Erzieher dem Zögling vermitteln.

Als vorbeugendes Mittel zur Verhütung der Schwereerziehbarkeit empfahl der Referent den Aufbau des Erziehungssystems der Autorität und formalen Disziplin und die Pflege der gegenseitigen Hilfe unter Aufhebung der Erziehungsgrenze zwischen Jugend und Alter.

An den Aussprachen beteiligten sich Vertreter der Pädagogik und Lehrerschaft, Heilpädagoginnen und Eltern schwer erziehbarer Kinder in so tatkräftiger Weise, daß der ursprünglich für drei Abende berechnete Vortragszyklus um einen vierten erweitert werden mußte. Ein weiterer Vortragszyklus ist für Ende September in Aussicht genommen. — Eine Arbeitsgemeinschaft zum Studium individualpsychologischer Literatur und praktischer Erziehungsfragen hat sich im Anschluß an die gehaltenen Vorträge gebildet und tagte zum ersten Male am 18. Juni, 20 Uhr, bei Herrn Studienrat Buchwald, Hohenzollernstraße 33.

Verbandstag der Eisenbahner.

Wirtschaft.

Der Segen der Kartelle.

Warum ist das Umziehen so teuer?

Auf der Frankfurter Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde in hohen Tönen das Lob der Kartelle gelungen. Die Kartelle hätten aufgehört, unrationell oder ausbeuterisch zu wirken. Herr Geheimrat Kahl vom Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie war es, der dieses Lob sprach. Nachdem wir in den letzten Monaten bei der Steigerung der Kohlenpreise und bei der zweifachen Erhöhung der Eisenpreise sehen konnten, daß in höchst unrationeller Weise das Inland zugunsten eines unrationellen Exportes ausgebeutet wird, mußten die Kartellmagnaten eine äußerst drastische Kapazitätenrede über sich ergehen und sich schließlich lassen, daß soweit Kartelle noch etwas Vernünftiges sein könnten, sie zusammen mit den großen Wirtschaftsführern von heute als die Testamentsvollstrecker von Karl Marx anzupreisen seien. Es war der Universitätsprofessor Dr. Ernst Schmalenbach, eine auch von den Kartellmagnaten nicht bestrittene Autorität, die der Rede diese lautiönende Schmei übertrug. Inzwischen hat der Norma-Riebes-Skandal gezeigt, daß von größerer Vernunft bei den Kartellleuten und von geringerer Ausbeutung auf dem Markte wahrlich noch nicht die Rede sein kann.

Es werden uns jetzt zwei interessante Fälle berichtet, die deutlich zeigen, daß nicht nur die Käufer von den Kartellen hochgenommen werden, sondern auch die Mitglieder der Kartelle selbst. Natürlich handelt es sich dabei nicht um die großen, sondern um die kleinen Mitgliedsfirmen. Aus Oberschlesien wird uns über die durch das Kartell der Möbeltransporteure im Möbeltransportgewerbe eingetretenen Zustände folgendes berichtet:

In der Vorkriegszeit waren die Preise für Umzüge überall ungleichmäßig. Hierauf wurden Verbände gegründet, welche im großen und ganzen eine gewisse Normierung brachten. Dann kamen die Großfirmen, die bis hundert Möbelwagen besitzen, auf die Idee, alle Verbände zu vereinigen und die Preise so festzusetzen, daß für jede auch die geringste Unterbietung schwere Strafen festgelegt wurden. Ob die Unterbietung abhichtlich oder nicht erfolgte, jede noch so kleine Unterbietung wurde mit Strafen vom Zwanzigfachen der Preisdifferenz belegt und auf Grund der Schiedsgerichtsklausel zwangsweise beigetrieben. Eine Verzögerung beim Termin war meist unmöglich, weil die Termine nur in Berlin stattfanden, und der kleine Unternehmer nicht die Mittel besitzt, um nach Berlin reisen zu können. Eine mittlere Firma mußte so im vergangenen Jahre gegen 1500 Mark Strafe und die Gerichtskosten bezahlen. Einen Einpruch gab es nicht. Nun könnte man sagen, der Unternehmer brauche dem Verband ja nicht anzugehören. Dem haben die großen Unternehmer aber einen Riegel vorgeschoben, indem allen Spedituren unter Strafe zur Pflicht gemacht ist, daß Nichtmitglieber kein Möbelwagen geliehen, kein Möbelwagen oder Umzug abgefahren und kein Möbelwagen aufbewahrt werden darf. Da ist es kein Wunder, wenn die Umzugspreise ins Unermessliche gehen. Jeder Speditur wird durch den tobischen Boykott gezwungen, dem Verbande beizutreten, wenn er nicht selbst seine Existenz preisgeben will.

Dieser Bericht bedarf keines Kommentars. Ein ähnlicher Fall, und zwar aus der Arbeitgemeinschaft des Berliner Briefhandels, wo auch die Nichtmitgliedschaft den Ruin zur Folge hat, weil die Belieferung mit Kohle aufhören würde und wo auch die Kleinen, die aus Existenzgründen zur Unterbietung oft getrieben werden, das Opfer der Großen werden, wird uns gleichfalls bekannt. Wegen Nichteinhaltung des von der Arbeitgemeinschaft festgelegten Preises für eine lächerlich geringe Briefmenge haben Berliner Kohlenhändler Strafen von 300 bis 5000 Mark zu erwarten, die bei der vielfach eklekten Existenz der Händler den sofortigen Ruin bedeuten, um so mehr, als die Strafen binnen acht Tagen bar zu zahlen sind. Bei der Arbeitgemeinschaft werden die Preise vom Preisausgleich für alle Mitglieder verbindlich festgelegt; bereits das Anbieten niedrigerer Preise ist strafbar. Reiner der kleinen Händler kann sich aber der Mitgliedschaft entziehen, die Arbeitgemeinschaft ist praktisch ein Zwangskartell, weil jeder wegen der sonst nicht erfolgenden Belieferung den Laden zuzumachen muß.

Es ist erst wenige Tage her, daß der Hansabund auf seiner Wirtschaftstagung mit dem Lobe der freien Wirtschaft auch das Lob des freien Mittelstandes gelungen hat. Er hat kein Wort gefunden für die Gefahren der Kartelle, besonders für den Mittelstand, der der Spielball der großen Kartellfirmen ist, wie wir hier gezeigt haben. Der Mittelstand selbst bekennt sich immer wieder zur „freien Wirtschaft“ und scheint nicht zu ahnen, wie diese freie Wirtschaft auf dem Wege über die Kartelle der Tod des Mittelstandes ist. Vielleicht sind die kleinen Händler, über die wir berichtet haben und unter denen der Mittelstand als Konsument und als Unternehmer leidet, doch geeignet, den Begeisterten die Augen über den Segen dieser Art freie Wirtschaft zu öffnen.

Die hohen Zinsen der Umschuldungskredite.

Die Zinsen für die aus der Restkassendation für die Landwirtschaft beschafften Umschuldungskredite werden für viele Landwirte keine erträgliche Überraschung sein. Wie wir erfahren, werden 6 1/2 Prozent laufende Zinsen gerechnet, 1,17 Prozent Tilgung und 0,75 Prozent Verwaltungsbeitrag. Da gleichzeitig die Auszahlung der Hypotheken nur mit etwa 93 Prozent erfolgte, ergibt sich eine Jahreslast von mehr als 9 Prozent. Das ist happig.

Okoberschleien im polnischen Export.

Die große wirtschaftspolitische Bedeutung, die die Wojewodschaft Schlesien als hochentwickeltes Industriegebiet im Rahmen des vorwiegend agrarischen Polen einnimmt, zeigt sich außerordentlich bildhaft in den nunmehr veröffentlichten polnischen Exportstatistiken. Nach Gewichtsmengen wurden aus ganz Polen exportiert:

im Jahre 1926	22 303 935 Tonnen
davon entfallen auf Schleien	12 000 450 Tonnen oder 54 %
im Jahre 1927	20 356 038 Tonnen
davon entfallen auf Schleien	9 805 852 Tonnen oder 44 %

Nach dem Wert berechnet, sieht dieselbe Statistik folgendermaßen aus:

im Jahre 1926	4 838 392 000 Floty
davon entfallen auf Schleien	1 147 071 000 Floty oder 27,68 %
im Jahre 1927	4 392 774 000 Floty
davon entfallen auf Schleien	1 188 554 000 Floty oder 27,05 %

Der Export aus polnischen-Schleien nimmt also mengenmäßig fast die Hälfte, wertmäßig ein gutes Viertel der gesamten polnischen Ausfuhr ein. Der allgemeine zu verzeichnende Rückgang der polnischen Ausfuhr dürfte in erster Linie auf den Rückgang der Kohlenausfuhr, die von 14 Millionen Tonnen im Jahre 1926 auf 11 Millionen Tonnen im Jahre 1927 zurückging, zurückzuführen sein. Da dieser Rückgang den Rückgang des Gesamtexports übersteigt, sind andere Produkte in erhöhtem Maße ausgeführt worden.

Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben!

Schließung angenommen. Scheffel spricht dann unter dem Beifall des Kongresses der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und ihren Vertretern den herzlichsten Dank des Verbandstages und der deutschen Eisenbahner für diese Stellungnahme aus. Langsam arbeite man sich jetzt durch. Die Damesgeleise und ihre Folgen seien jedoch nur ein Teil des Reparationsproblems und darum sei für die internationale Gewerkschaftsbewegung und für den internationalen Sozialismus eine Verbesserung und Lösung der Reparationsfragen eine selbstverständliche Erkenntnis und Notwendigkeit. Darüber hinaus gelte es jedoch im besonderen in Deutschland Front gegen die willkürliche Auslegung der Dawes- und Reichseisenbahngesetze zu ungunsten der Arbeiter und gegen die Rechtsschönung der Eisenbahner durch die Verwaltung der Reichsbahn zu machen.

Scheffel berührt zum Schluß die ideellen und geistigen Erfordernisse für die deutschen Eisenbahner und die Tätigkeit des Verbandes in dieser Beziehung. In der vergangenen Verbandstagesperiode hätten zu Bildungszwecken 463 Reviertagungen stattgefunden, 610 allgemeine Schulungskurse, 993 Kurse für Funktionäre, 585 Bildungsabende, Lichtbildvorträge, Führungen durch Museen usw. 150 Ortsgruppen besäßen eigene Bibliotheken. Allein aus der Hauptkasse Berlin seien für diese Zwecke an direkten Geldern 245 000 Mark zugesprochen worden. Das seien außerordentlich produktive Ausgaben, jedoch viel zu wenig für den Bildungshunger und für die geistigen Notwendigkeiten. Im kommenden Jahre werde sich der Verband wie bisher an den verschiedenen Arbeiter-Abteilungen beteiligen, ebenso an den zwei kommenden großen Bundesschulen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In der Nachmittagsitzung des ersten Verhandlungstages erstattete zunächst der Hauptkassierer Hölzler den Kassenericht. Entsprechend der Aufwärtsentwicklung des Verbandes bessern sich auch die Kasserverhältnisse. Die Abrechnung des Jahres 1927 ergibt rund 7,3 Millionen Mark Einnahmen und Ausgaben, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von rund 1,7 Millionen Mark. Der höhere Umsatz an Mitgliedsbeiträgen brachte der Hauptkasse eine Mehreinnahme von rund 740 000 Mark. 1926 wurden rund 4,5 Millionen Mark kassiert gegen rund 5,3 Millionen Mark im Jahre 1927. Die Ausgaben sind von 1926 bis 1927 um 300 000 Mark gestiegen. An Unterhaltungsarten wurden 1926 rund 1 650 000 Mark, 1927 rund 1 154 000 Mark, die sich auf Krankheit, Not, Streit, Rechtschutz, Maßregelungen, Arbeitslosigkeit erstrecken. Für das kommende Jahr fordert der Kassierer von dem Kongress vor allem erhebliche Mehraufwendungen für Bildungszwecke.

Eine temperamentvolle Abwechslung bildete der Pressebericht des Redakteurs Wichmann-Berlin, Leiter des Verbandsorgans „Der deutsche Eisenbahner“. Wichmann beschäftigte sich vor allem mit den Ausgaben und der Ausgestaltung der Presse. Es werde viel Kritik geübt an der Zeitung, es gebe aber wenig positive Vorschläge, wie man es besser machen könne. Selbstverständlich nehme das Verbandsorgan offen für die Sozialdemokratische Partei Stellung und es werde dies auch weiter tun. Der SPD. will man sich nicht beugen und ihr Terror schreie nicht. Das gleiche erklärt der Redakteur Schulz-Berlin für die Beamtenausgabe des Verbandsorgans. — Der Bericht der Mandatskommission ergibt die Anwesenheit von 167 stimmberechtigten Delegierten. — Weiterberatung Dienstag.

lassung von der vorherigen Zustimmung des Arbeitsgerichts. Die zweite Entschickung erwartet von der neuen Reichsregierung die baldige Vorlage eines neuen Arbeitsschutzgesetzes, das die 45-Stunden-Woche als Grenze der regelmäßigen Arbeitszeit festlegt. Die beiden übrigen Entschickungen fordern Gleichstellung der technischen Angestellten mit anderen Angestelltengruppen, baldige Vorlage eines einheitlichen Arbeitsvertragsgesetzes und Neuregelung des gewerblichen Rechtsschutzes, um Ansporn zur Entfaltung der Erfindertätigkeit zu geben. Am Schluß des ersten Verhandlungstages sprach Albert Lenz über die Zukunft des technischen Bildungswesens. Er beleuchtete den ungeheuren Zulauf zum technischen Beruf, der schon seit Jahren zur Aufnahmeunfähigkeit für technische Arbeitskräfte in einem trassen Mißverhältnis steht.

Tagung des Deutschen Lederarbeiterverbandes.

Der Deutsche Lederarbeiterverband hält dieser Tage in Dresden seinen 19. Verbandstag ab. Die Tagung ist von zahlreichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches und vielen Gästen besucht. Der Verbandsvorsitzende Mahler schloß in seiner Eröffnungsrede die Entwicklung der Organisation, die sich aus kleinsten Anfängen zu einem starken Verband von fast 40 000 Mitgliedern emporgearbeitet hat. Mahler betonte unter starker Zustimmung der Versammlung den engen Zusammenhang zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Pflichten der Arbeiterschaft und sprach die Hoffnung aus, daß der Verbandstag der Lederarbeiter zur Stärkung und Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung beitragen werde.

Die Tagesordnung des Verbandstages, der bei den Lederarbeitern nur alle drei Jahre stattfindet, ist sehr umfangreich. Außer zahlreichen organisatorischen Fragen enthält sie mehrere Vorträge, so ein Referat des Leiters des Dresdener Lederforschungsanstalt über „Wissenschaftliche Forschungen in der Lederindustrie“ und ein weiteres über „Die Wirtschaftspolitik in Deutschland“ von der Reichstagsabgeordneten Tony Sender.

Der Südenschleier Metallkonflikt.

Gescheiterte Verhandlungen. In dem Konflikt in der Metallindustrie in Silesien, wo am 23. Juni 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeperrt werden sollen, sind die vom Schlichtungsausschuß hagen anberaumten Verhandlungen gescheitert. Die Gewerkschaften nahmen an dieser Verhandlung nicht teil, da sie den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, Landgerichtsrat Dr. Dönnkeweg, ablehnten. Die Ernennung dieses Schlichters ist ohne Zustimmung der Gewerkschaften erfolgt. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben gegen die Ernennung bereits Beschwerde erhoben.

Der amtliche Schlichter für Dortmund, Regierungsrat Brisch, hat die Parteien für Freitag nachmittag zur neuen Verhandlung nach Dortmund geladen.

Vom Rheinschiffahrtskonflikt.

In sämtlichen Hafenorten und Streikaktionen am Rhein haben, wie der Zentralverband der Maschinisten und Heizer mitteilt, Versammlungen des Maschinenpersonal stattgefunden, das zu dem vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch Stellung nahm. Die Streikenden sprachen den Organisationsleistungen das Vertrauen aus. Sie erwarten von ihnen, daß sie den Kampf zu gegebener Zeit neu aufnehmen, um die notwendige Lohnerhöhung durchzusetzen.

Rotterdam, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das streikende deutsche Rheinschiffahrtspersonal im Rotterdammer Hafen hat die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik auf den niederländischen Booten, die von Rotterdam nach dem Rhein fahren, dauert jedoch noch an. Die Arbeitgeber lehnen Verhandlungen mit der niederländischen Transportarbeiter-Föderation ab. Die zwölf niederländischen Boote, die bisher stilllagen, sind neu bemannet worden.

Am Montag trat der Verbandstag in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Gäste in die sachliche Beratung ein. Verbandsvorsitzender Scheffel-Berlin erstattete den Tätigkeitsbericht.

Einen großen Teil des Berichts nehmen die Fragen der Lohnbewegung, des Schlichtungswesens und der Arbeitszeit ein. Fortschritte seien unzweifelhaft erzielt worden, wenn sie auch gering seien im Vergleich zu dem Notwendigen. Immer wieder rief der Verband auf den hartnäckigen und verbissenen Widerstand der Reichsbahnverwaltung. Die Reichsbahn-Gesellschaft habe es verstanden, sich in der kurzen Zeit ihrer Wirksamkeit um jedes Ansehen in der Öffentlichkeit zu bringen, ganz zu schweigen von den Wirkungen, die das sozialrevolutionäre Regiment bei ihrem eigenen Personal ausgelöst habe. Man wisse nicht, wie weit die in der Verwaltung vertretenen kapitalistischen Kreise an dieser Einstellung über schlechte Wirtschaftlichkeit nicht zur Entschuldigung der Bedrückung, die das Personal auf wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiete erleidet. Selbst der Wille des Gesetzgebers, Erklärungen und Entschickungen des Deutschen Reichstags, sein von der Reichsbahn-Gesellschaft vollkommen unbeachtet geblieben. Das Schlichtungswesen sei noch nicht zu entbehren, wenn auch an seiner Praxis manches auszuweichen sei. Im Jahre 1926 habe sich der Lohn um ein hundert zwei Pfennige pro Stunde erhöht. Im Jahre 1927 sei eine Stundenlohnerhöhung von fünf Pfennigen erzielt worden, was für die Eisenbahner eine Mehreinnahme von jährlich 60 Millionen Mark bedeute. Es sei auch möglich gewesen, wesentliche Teile der Besetzung der Reichsbahn in bessere Lohnklassen zu bringen. Fortschritte seien auch in der Frage der Arbeitszeit erzielt worden. Das alles genüge jedoch keineswegs den Lebensbedingungen der Arbeiter und Beamten, und es sei kein Zweifel darüber, daß die durch die Damesgeleise sich ergebenden Verhältnisse die Arbeiter und Angestellten der Reichsbahn geradezu unter ein Ausnahmengesetz zwingen würden. Der Kernpunkt bleibt deshalb die Beseitigung des Grundüblems: die Damesgeleise. 1060 Millionen Mark habe die Reichsbahn zu leisten, mehr als ihr Gewinn in der Zeit vor 1914. An einzelnen Grenzen seien kostspielige Bahnbauten zu errichten gewesen. Vor dem Kriege habe die Eisenbahn jährlich 140 Millionen Mark an unproduktiven Ausgaben für Kartegelder und Pensionen ausgegeben, jetzt sei diese Ziffer auf 490 Millionen Mark jährlich angewachsen. Alle diese Beträge müßten aus dem Betrieb und aus dem Personal herausgeschunden werden. Hierunter und unter dem Ausnahmengesetz leide die Arbeiter- und Beamtenchaft materiell und ideell. Auf Verpfründungen und Zusicherungen durch die Reichsbahn sei nichts zu geben, wo sogar Reichstagsbeschlüsse mißachtet würden. Deshalb richte sich der Kampf der deutschen Eisenbahner vor allem gegen die Damesgeleise, die jedoch nur ein Teil der großen Frage der vernünftigen Regelung der internationalen Kriegsschulden und Reparationsabgaben sei. Bereits im Jahre 1926 habe der Einheitsverband der Eisenbahner auf der Pariser Tagung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation die Damesgeleise auf die Tagesordnung gebracht. In ungehörter Weise habe die Forderung der deutschen Eisenbahner das lebhafteste Interesse und die restlose Zustimmung aller Organisationen und aller Länder gefunden. Die deutschen Eisenbahner aller Länder durch die Damesgeleise entstandenen Schäden seien in Paris klar erkannt worden. Schon damals habe die Tagung eine entsprechende einstimmige Ent-

Der Butab-Bundestag.

Der Butab, die dem Afabund angeschlossene freigewerkschaftliche Einheitsorganisation der deutschen Techniker, hält zurzeit in München ihren sechsten Bundestag ab. Als Auftakt zur Tagung veranstaltete die Stadt München am Sonntagabend in der Ausstellung „Heim und Technik“ einen feierlichen Empfang. An ihm nahmen u. a. auch der bayerische Sozialminister Oswald und der Sekretär des internationalen Bundes der Privatangestellten, Smit-Amsterdam, teil. Bei der Eröffnung des von 90 Delegierten besuchten Kongresses konnte der ehrenamtliche Bundessprecher Waschow eine außerordentlich stattliche Zahl von Vertretern und Behörden und der Parlamente begrüßen. Smit-Amsterdam nannte in seiner Begrüßungsansprache den Butab den weitest bedeutendsten Technikerverband der Welt.

Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht, der den Delegierten vorgelegt wurde, gibt ein überaus erfreuliches Bild der freigeschafflichen Aufbauarbeit. Der Bericht zeigt, daß der Butab zu den bestverwalteten Gewerkschaften Deutschlands zählt, da er so gut wie keine nichtbeitragende Mitglieder in seinen Reihen hat. Im einzelnen ist dem Rechenschaftsbericht, der in wirkungsvoller Weise von Ingenieur Schwelger ergänzt wurde, folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl ist seit Mitte 1927 in stetigem Vorwärtsschreiten begriffen; sie betrug damals 50 414 und am 1. Mai 52 830 ordentliche Mitglieder. Zählt man die Jugendlichen und Hospitanten hinzu, so sind es jetzt 56 050. Der auf die Tarifvertragsarbeit bezügliche Abschnitt ist ein vorzügliches Spiegelbild der Tätigkeit des Butab im Kampfe gegen die Arbeitgeber um den Tarifvertrag überhaupt, um den Arbeitslohn und die Arbeitszeit. Während im Jahre 1925 die für die Rechtschutz-einrichtungen zuständige Abteilung 995 Fälle zu bearbeiten hatte, liegt deren Zahl 1926 auf 1268 Fällen. Die in bar erstrittenen Summen stiegen von 277 500 Mark in der gleichen Zeit auf 437 660 Mark und auf 784 600 Mark im Jahre 1927. Der Bericht stellt dabei fest, daß zu der erhöhten Inanspruchnahme der Rechtschutzabteilung nicht wenig die immer hemmungsloser zutage tretende Neigung vieler Arbeitgeber zu willkürlichen Vertragsbrüchen und unbilligen Kündigungen besonders älterer Angestellter beitrug. Insgesamt wandte der Butab im Krisenjahr 1926 für Unterhaltungen, Stellennachweise, Auskünfte und Rechtschutz die gewaltige Summe von 970 000 Mark auf. Trotdem stärkte sich das Vermögen beträchtlich, nämlich von 744 759 Mark im Jahre 1926 auf 1 029 960 Mark Ende 1927.

In dem Ergänzungsbericht Schwelgers wurde besonders auf die Tragödie älterer Angestellter verwiesen, die gerade bei den Technikern in starkem Maße vorhanden ist, da unter den am 1. Mai dieses Jahres noch vorhandenen 183 000 Arbeitslosen Angehörigen nicht weniger als 21 000 Techniker gemeldet waren. Die letzte Bundesstatistik zeigt, daß rund 50 % der als stellenlos gemeldeten Bundesmitglieder das 40. Lebensjahr überschritten hatten und die Mehrzahl davon außerdem länger als zwei Jahre ohne Stellung war. Die bei der sogenannten Frühjahrslohnbewegung in diesem Jahre erreichte Erhöhung der Tarifgehälter beträgt im Durchschnitt 8 Prozent; sie ist aber bereits wieder in Gefahr, durch die drohende Preiserhöhung für Kohle und Eisen und der Eisenbahntarife. Scharfe Kritik übte der mündlich gegebene Ergänzungsbericht des Verbandes an der neuen Arbeitsvertragsordnung, die eine solche Fülle von Ausnahmen vom Abschlußvertrag zulasse, daß von einem gesetzlich geschützten Abschlußvertrag in Deutschland vorläufig keine Rede sein könne.

Die sehr rege Aussprache über den Geschäftsbericht mündete in eine Vertrauensstimmung für den Bundessprecher. Infolgedessen wurden auch die vom Vorstand vorgelegten Entschickungen einstimmig angenommen. Die erste fordert auf dem Gebiet der Gruben-sicherheit, daß die Grubenbesitzer oder ihre Beauftragten die alleinige Verantwortung tragen, wenn sie ohne Wissen oder trotz gegenteiliger Auffassung der unmittelbar verantwortlichen Aufsichtspersonen in den Betrieb eingreifen, ferner besonderen arbeitsschutzlichen Schutz vor allem Abhängigmachung der Ent-

Mus der Umgebung.

Bildungskursus in Centnerbrunn.

Der Bezirks-Bildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet in der Zeit vom 12. bis einschließlich 18. August einen Bildungskursus im Volkshaus Centnerbrunn. Als Leiter ist Genosse Dr. Brill-Weimar gewonnen, der über „Die Probleme des Einheitsstaates des deutschen Reichs und Länderstaatsrechts“, sowie über „Die Verwaltungsreform und die Grundlagen des Völkerrichts“ sprechen wird.

Die Kursgebühr beträgt, außer dem Jahrgeld, für Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer nur 5 Mark.

Anmeldungen sind bis spätestens 1. August 1928 an Fritz Ohlig, Breslau 1, Margaretenstraße 17, Zimmer 43a, zu richten.

Neu-Breslau.

Der postalische Amtsschimmel. Nicht rückwärts, statt vorwärts.

Man schreibt uns aus Klein-Moschorn: Als über die Eingemeindung zwischen den Vororten und der Stadt Breslau verhandelt wurde, waren die Gemeindevorsteher der Vororte darauf bedacht, in jeder Beziehung Verbesserung zu erreichen. Die Vertreter der Stadt Breslau waren sehr entgegenkommend und es muß anerkannt werden, daß die Stadt Breslau ihre Zusage soweit wie möglich erfüllt hat.

Niemand hat aber daran gedacht, daß die Postverwaltung eine Änderung im Bestelldienst einführen wird. In verschiedenen Tageszeitungen haben über die Änderungen des Postbestelldienstes Artikel erschienen, die die Verkräftung des Landpostwesens als einen Fortschritt bezeichnen. Dem muß ganz energisch und entschieden widersprochen werden; denn in der Gemeinde Klein-Moschorn die der Stadt Breslau am nächsten liegt und früher durch das Postamt 17, Frankfurterstraße 100 ihre Postfachen erhielt, waren die Einwohner von Klein-Moschorn in jeder Beziehung zufrieden, da die Post einmal Vormittag und einmal Nachmittag und Sonntag ebenfalls einmal Vormittag ausgeliefert wurde.

Mit der Verkräftung des Landpostwesens befaßte sich nun vor kurzem eine von den neugewählten Deputierten des Bezirks Klein-Moschorn einberufene sehr stark besuchte Versammlung. In dieser Versammlung wurden die Mißstände des jetzigen Postbestelldienstes erörtert. Die Postfachen werden in einer kleinen Wohnung erledigt, in der nicht einmal der genügende Raum vorhanden ist. Außerdem sind jetzt Postfachen oft zwei bis drei

Tage später bestellt worden, als ehemals. Die Post am Vormittag ging bei einigem erst um 12-1/2 Uhr und die Nachmittagspost um 6 Uhr ein. In Sonn- und Feiertagen wird überhaupt keine Post ausgetragen. Wer da Post wünscht, muß sich dieselbe von der Posthilfsstelle selbst abholen. Gibt man nachmittags Postfachen auf, bleiben die Sachen liegen bis zum nächsten Tage. Was den Verkauf von Postwertzeichen anbelangt, sind diese nur in kleinen Mengen zu erhalten. Werden größere Mengen gebraucht, muß nach einem Postamt in der Stadt geschickt werden. Außerdem ist selten jemand in der Posthilfsstelle anzutreffen.

Dieses Alles bedeutet keine Verbesserung, die man angesichts der Eingemeindung erwarten konnte, sondern eine bedeutende Verschlechterung des bisherigen Postbestelldienstes.

Die Versammlung wählte daher eine dreigliedrige Kommission und beschloß einstimmig, auf der Oberpostdirektion vorstellig zu werden, um den Postbestelldienst wieder so einzurichten, wie er früher war.

Nachricht der Redaktion: Der Einsender schießt natürlich am Ziel vorbei, wenn er den automobilisierten Landbestelldienst allgemein als Rückschritt bezeichnet. Für die abseits liegenden Orte ist er selbstverständlich ein Fortschritt. Anders allerdings liegt der Fall in Klein-Moschorn, das nicht nur zum Gemeindegebiet Groß-Breslau gehört, sondern auch bisher postalisch von Breslau-Stadt aus bedient wurde. Diesen Ort in den ländlichen Bestelldienst einzugliedern und damit postalisch rückzurovidieren ist allerdings ein recht bürokratisches Schildbürgerstück und zeigt, wie auch im 20. Jahrhundert noch nach Schema, hat nach der lebendigen Wirklichkeit gearbeitet wird. Hoffen wir, daß man das an der zuständigen Stelle mit der nötigen Schnelligkeit einsieht und den Stadtteil Klein-Moschorn postalisch nach Breslau zurückgemeindet.

Breslau-Deutsch-Billa. Partei-Jubiläum. Am 3. Juni waren es 25 Jahre, daß unser Kampfgenosse, Konjunkturlagerhalter Günther sich der Sozialdemokratischen Partei anschloß. Alle, die ihn kennen, wissen, daß er in der Arbeiterbewegung ein immer hilfsbereiter Genosse ist. Herzlichen Glückwunsch.

Landkreis Breslau.

Malwitz. Daß die Jauchegruben! In einem unbewachten Moment fiel das zweiährige Söhnchen des Stellenhebers Baudy in die offenbar nicht fest zugedachte Jauchegrube. Man bemerkte das Verschwinden des Kindes unglücklicherweise erst nach einiger Zeit, so daß es bereits bewußtlos aus der Grube gezogen wurde und bald darauf starb.

SPD, Unterbezirk Breslau-Land-Niermarkt.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Breslau-Kathen. Wir halten am Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Beier eine Mitgliederversammlung ab. Da die Vertreter zu wählen sind, muß alles zur Stelle sein. Redner anwesend.

Breslau-Neutisch. Unsere Mitgliederversammlung in der auch gleichzeitig die Vertreter zu wählen sind, findet am Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr statt. Lokal Gudermuth, Redner: Stadtoberdener Wohlweber.

Breslau-Stabelwitz-Marschwitz. Frauenabend. Alle Frauen treffen sich zu unserm Frauenabend am Sonntag, den 23. Juni, 20 Uhr, im Lokal Hüffe. Rednerin: Genossin Prochowit.

Breslau-Schwoitzsch. Am Donnerstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, findet bei Hoffmann unsere Mitgliederversammlung statt. Es sind gleichzeitig die Vertreter zu wählen. Deshalb darf kein Mitglied fehlen. Redner: Genosse Fritsch.

Breslau-Klein-Gandau. Die Mitgliederversammlung, in der auch die Vertreter zu wählen sind, findet am Freitag, den 22. Juni, statt. Redner: Genosse Schiffer. Alles muß zur Stelle sein. Lokal wird noch bekannt gegeben.

Dittschin. Sonntag, den 23. Juni, wichtige Mitgliederversammlung im Lokal Schatmann. Redner: Genosse Schiffer. Guier Besuch wird erwartet.

Breslau-Oswitz. Am Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Volkshalle eine außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung statt. Da auf der Tagesordnung Neuwahl eines Ortsgruppenführers und Wahl von vier Vertretern der hiesigen Parteiorganisation Groß-Breslau steht, müssen alle Genossen anwesend sein. Die Mitglieder des erweiterten Vorstandes müssen mit Rücksicht auf die Neuwahl des Ortsgruppenführers unbedingt schon um 7 Uhr erscheinen.

Zur Elternratswahl sei noch bemerkt, daß zwischen der Liste „Schulfortschritt“ und der christlich-unpolitischen Liste ein Kompromiß auf der Grundlage von 4:1 zustande gekommen ist und sich eine Wahl daher erübrigt.

Breslau-Hartlieb. Eine sehr wichtige Mitgliederversammlung, in welcher die Vertreter zu wählen sind, findet am Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Conrad in Klettendorf statt. Redner: Genosse Häusler. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, bestimmt zu erscheinen.

Kattern. Sonntag, den 23. Juni, bei Gürtler in Kattern, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Hanna. Alles hat pünktlich zu erscheinen.

Breslau-Tschansch. Eine wichtige Mitgliederversammlung findet Donnerstag, den 21. Juni, bei Herrmann, abends 7 1/2 Uhr statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes dienstfreie Mitglied hat zu erscheinen.

Täglich bis 1. Juli, von mittags 2 Uhr bis 1 Uhr nachts, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

JOHANNISFEST

mit Paul Simmel's lustiger Stadt

Abendliche Schaustellungen * Täglich
Große Sportkämpfe * Trachten u. Tänze
Ich habe einen Mann. - Ich habe eine Frau.

Die Weltkassation!

Das jüngste und neueste Auto befindet sich auf dem Festplatz.
Originelle Attraktion. Süßwaren mit perfekten
Bergkristallungen am Eingang erhältlich.

Eintrittspreise: Erwachs. 30, Kinder 10 Pf., Sonn- und
Eiltage: Erwachs. 50, Kinder 20 Pf. Dauerkarten, für alle Tage gültig: Erwachs. 2.50, Kinder 1.00.
Vorverkauf bei Barack und an den Kassen.

Morgen Donnerstag: **Glitztag! Sonnenwendfeier!** 5 Uhr: Gilmannsaal - 9 Uhr: Sonnenwendfeier mit Regenanzug
6 Uhr: Gymnastik, Staffellauf - 9.45 Uhr: Riesenprachtfestfeuerwerk

Heute Mittwoch, 4 Uhr:

Gr. Kinder-Trachtenfest

Sämtliche Trachten und Kostüme werden prämiert.
Majestäts-Kinderreigen. Leitung: Marion Taucher.

Auffzug von 50 Freiballons mit
Geschenkbomben-Verteilung von 20.000 Prospekten.

Verantwortlich für die Majestäts-Keitame Frau Grete Leier.

5 Uhr: Freiballonauftzug v. Elvira Wilson
6.30 Uhr: Tanzlochen um die Gaumeistererschaft Mittel-
schlesien, Gewichtheben und Akrobatik.

9 Uhr: Sonnenwendfeier mit Regenanzug
9.45 Uhr: Riesenprachtfestfeuerwerk

Gesellschaftshaus „Goldener Anker“
Ende Lohestraße Tel. S: 33590
3 Minuten von der Endstation der Linie 16
Jeden Mittwoch: **Gr. Gesellschaftstanz**
Damen wochentags Tanz frei! P. Lanser.

Gesellschaftshaus Bergkeller
Klosterstraße 33.
Mittwoch, den 20. Juni

Verkehrter Ball
sowie Sonntag und jeden Mittwoch
gr. Touren- und Schiefentanz
Sonntag bei schönem Wetter Freizekonzert.

Bräuers Festsäle
Gablitzstraße 22 bei Paul Grasser
Heute Mittwoch:
Verkehrter Ball
jede Dame erhält eine Erfrischung.

Particigenossen
besucht unsere Reichdruck-
ausstellung in unserer Buch-
handlung Neue Taschenstraße 11
Eintritt frei!
Augenblicklich zugestellt:
Dürer - Rembrandt

Arbeiter u. Angestellte!
Dorotheengasse Nr. 16/18
verkaufte freihändig nur kurze Zeit
ipottbillig zu Tagespreisen
**Seren-, Damen-
und Kinder-Garderobe**
von 9-6 Uhr.
Arnold Nöcker, Taxator und Antiquar.

Druderei Volkswacht
König, gestrichelt und andere
Anfertigung aller Drucksachen
besonders bei großer Eile
Breslau 2, Kurfürststraße 4/6.

Beinahe Ihr halbes Leben

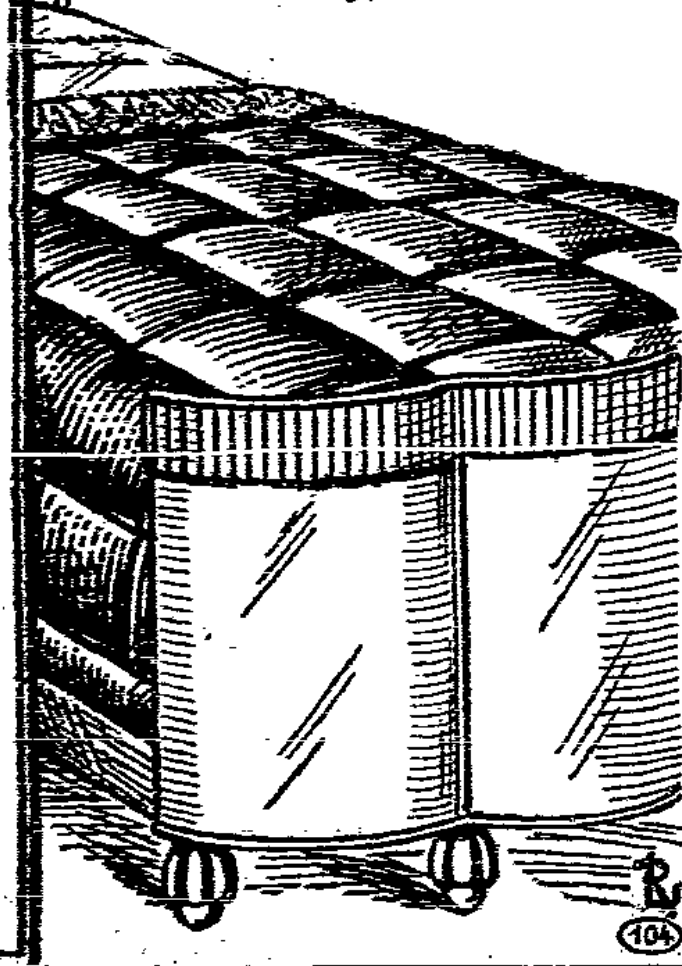
verbringen Sie im Bett. Grund genug, es so wohl wie möglich herzurichten. Was Sie z.B. von eleganten

Steppdecken

nur wünschen können - jede Farbe, Größe, Qualität - finden Sie bei uns und auch - besonders

niedrige Preise

Steppdecken gute Halbwoollfüllung, Seidenglanz-Satin, 150x200 cm, farbig 25.-	13⁹⁰
Steppdecken gute Halbwoollfüllung, Oberseite mit bunt Satin, Unterseite Seidenglanzsatina, volle Größe 37.75	15⁹⁰
Steppdecken gute Füllung, Oberseite Kunstseide, Unterseite Seidenglanzsatina, gute Qualität, volle Größe 39.75	29⁷⁵
Steppdecken pa. bunte Woollü., erstklass. Seidenglanz-Qual. Zickzackstich, volle Größe 39.75	32⁰⁰
Steppdecken pa. Woollü., Oberseite feinste K-Seide, Unterseite pa. Seidengl.-Satin, Ersatz f. Damendecken 59.-	49⁷⁵



LENDEMAN & GAG

BRESLAU, OHLAUER STRASSE 77

Liebig-Theater.
Täglich 8 Uhr
Sonntag 2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr
Das Ereignis der ganzen Spielzeit!
Kurzes Gastspiel der künstl. Revue:

Große Kleinigkeiten

Die erfolgreichste deutsche
Revue des Jahres 1928
- in 32 Bildern -

So urteilt die Breslauer Presse:

Breslauer Neueste Nachrichten: Vor allem gibt es eine Schar exalt traintierter Girls, die der Tiller-Mantel wirklich nahekommen.
Breslauer Zeitung: Ganz vorzüglich ist vor allem die Szene mit Ernst Loewe „Stumpfsinn“ in erlösender Komik kaum zu überbieten. Kitty und Erik vom Olympia-Theater Paris tanzen einen Charleston, einen Boston und einen Black Bottom mit Singebung und blendender Eleganz.
Schlesische Zeitung: Was sonst in diesen drei Stunden geboten wird - 30 Nummern umschließt das Programm - ist fast mehr, als man fürs Eintrittsgeld verlangen kann. Diese Revue unterscheidet sich von anderen durch die absolute Ehrlichkeit. Breslau hat keine Sommer-Revue, bei der das Auge schmelzen kann.
Schlesische Tagespost: Es war unbestritten ein ganz großer Erfolg und es gab starken Beifall. Dieses Gastspiel beweist, daß wir auch ohne Anlehnung an das Ausland eine gute deutsche Revue zustande bringen können und daß eine Revue durchaus kein Nisch zu sein braucht. Die Regie Martin Mertens legte Wert auf Tempo und Harmonie. So wurde die Revue zum Erfolg.
Nacht-Uhr-Abendblatt: Die Gastrevue „Große Kleinigkeiten“, deren Premiere vor ausverkauftem Hause stattfand, wurde in allen Teilen bejubelt und gefeiert. Fritz Tachauer - den Breslauern nicht unbekannt - befindet sich auf erfolgreichem künstlerischem Höhenflug. Seine schondrige Eleganz hat in ganz Deutschland kaum ein Gegenbeispiel.

Preise ab 1 Mt.

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pl. wöchentlich
kannst Du die geistige Schätze von
unserm schlesischen West erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung, Neue Grapenstr. 5

Ein Kapitalverbrechen auf hoher See

Ein ungewöhnliches Verbrechen, die Versenkung eines Schiffes auf hoher See, um die Versicherungssumme zu erbeuten, fand dieser Tage vor den Strafrichtern in Mailand seine Sühne. Die einzig dahingehende Untat, bei der 26 Mann der Besatzung den Tod fanden, hat sich wie folgt abgespielt.

In Genua lag der nicht mehr ganz neue 7000-Tonnen-Doppelschraubendampfer „Bincolo“ vor Anker. Das Schiff wechselte eines Tages seinen Besitzer; es ging aus der Hand der bekannten Reederei Firma Massa in die einer Gesellschaft über, die eigens zum Zwecke des Ankaufes des Schiffes gegründet worden war. Diese Gesellschaft führte den hoch klingenden Namen „La Marittima Nazionale“. Ihr Präsident und Vorsitzender war Abramo Monzeglio, ein berühmter Wucherer und Besitzer vieler Millionen, der wegen seiner unaufrichtigen Geschäfte dauernd mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen war, dem man aber nie etwas hätte nachweisen können. Dieser Mann hatte den Ankauf des Schiffes finanziert. Dem Konsortium gehörten ferner drei Brüder an, die als Kaufleute aus Smyrna nach Genua eingewandert waren und dort eine Gesellschaft zur Abfertigung alter Schiffe errichtet hatten, ohne daß dieses Geschäft viel abwarf. Ihnen schlossen sich die in Marseille lebenden Neapolitaner Armando Mastrocolla und Dino Dubini an, als Sachverständiger, der gleichzeitig zum Führer des Schiffes auserwählt wurde, fungierte schließlich noch ein Mann namens Cavazani. Dieser galt als einer der schlauesten Seeleute, der sich aber bei seinen früheren Fahrten verschiedene Unregelmäßigkeiten hatte zu Schulden kommen lassen, so daß ihn schließlich kein Reederei mehr anstellen wollte.

Die erste Fahrt sollte nach Südamerika gehen mit der Bestimmung, daß in Marseille angelegt und Seide und Stücker an Bord genommen würde. Schiff und Ladung wurden aufstausend hoch versichert. Die „Bincolo“ verließ am 15. März den Hafen von Genua und steuerte unter Cavazani mit ordnungsmäßigen Papieren nach Marseille, wo unter anderem für 18 Millionen Franken Seiden übernommen wurden. In Genua selbst waren neben anderen Gütern 48 Automobile für Südamerika an Bord genommen worden.

Am 26. März, auf der Höhe von Sant Raphael, sank das Schiff infolge einer Explosion. Von der 43köpfigen Besatzung konnten sich nur der Kapitän und vier Matrosen retten. Alle anderen ertranken. Das Seegericht, das sich mit dem Vorfall beschäftigte, konnte ein Verbrechen nirgends feststellen; die fünf Überlebenden sagten aus, daß sich mitten in der Nacht bei den Kesseln eine furchtbare Explosion ereignet habe und wenige Minuten darauf das Schiff untergegangen sei.

Die Gesellschaft, die den Dampfer aufgekauft hatte, machte sich nur daran, bei den italienischen und französischen Ver sicherungsgesellschaften die hohen Versicherungssummen einzuholen, und sie wäre sicher zu ihrem Ziel gelangt, wenn der Präsident Monzeglio nicht so knauserig gewesen wäre. Zu ihm kam nämlich eines Tages einer der überlebenden Matrosen und forderte eine Unterhütung. Monzeglio gab ihm fünf Zwanzigmarkstücke. Der Matrose schmeuberte sie Monzeglio mit solcher Wucht ins Gesicht, daß dieser vor Schmerz laut aufbrüllte und um Hilfe rief. Zwei Schulknechte festelten den Attentäter, brachten ihn zur Wache und dort kam die furchtbare Wahrheit an den Tag: Monzeglio hatte den teuflischen Plan gefaßt, mit Hilfe seiner Rufführer und des Kapitäns das Schiff, während die Mannschaft schlief, zu versenken. Alles war programmäßig verlaufen. Die Eingeweihten zettelten sich in einem Raat, die Hilfe der Ertrinkenden verhalten in der Nacht. Man war die Mitwisser los geworden. Es stellte sich ferner heraus, daß die in Genua geladenen Automobile wertloses altes Gerümpel waren, und die in Marseille an Bord genommenen Ballen nicht Seide, sondern Lumpen enthielten.

Sämtliche Mitglieder der famosen Gesellschaft „La Marittima Nazionale“ und der Kapitän Cavazani wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der Vorsitzende des Gerichts bebauerte, daß er in diesem Falle nicht die Todesstrafe habe anwenden können für eines der teuflischsten Verbrechen, über das er je habe zu Gericht sitzen müssen.

Eine Fischerbarke mit 5 Mann Besatzung vermisst.

Seit Freitag fehlt jede Nachricht von einer großen Fischerbarke, die am Abend den Hafen Santa Cruce mit fünf Personen an Bord zum Fischfang verlassen hatte. Nach der Ausfahrt trat ein starker Sturm auf. Während andere Fischerbarken sich in den Hafen retten konnten, kehrte die große Fischerbarke nicht zurück. Bei Grado wurde eine leere Fischerbarke gefunden. Man nimmt an, daß es sich hier um die vermisste Barke handelt.

Vor dem Ehrenbeleidigungsprozess niedergeschossen.

Vor dem Hiesinger Bezirksgericht in Wien sollte am Dienstag die Fortsetzung der Ehrenbeleidigungsprozedur des ehemaligen volkswirtschaftlichen Redakteurs des „Neuen Wiener Journals“ Oskar Pöffel gegen den Redakteur des genannten Blattes Bruno Wolf stattfinden, der ihn schmutziger Geschäfte beschuldigt hatte, die letzterzeit zu der sofortigen Entlassung Pöffels aus der Redaktion des „Neuen Wiener Journals“ geführt haben. Gleich zu Beginn der Verhandlung zog Pöffel einen Revolver aus der Tasche und feuerte fünf Schüsse gegen Wolf ab. Drei Schüsse gingen fehl. Ein Schuß traf den Kopf, ein zweiter das Herz. Wolf blieb auf der Stelle tot. Pöffel wurde verhaftet.

Weitere Ausdehnung der Ueberschwemmungen in Amerika.

In Arkansas und Missouri stehen 200 000 Acres Land unter Wasser. Da es sich fast durchweg um gutes Ackerland handelt, ist der Schaden sehr groß. Die Ernte gilt als vernichtet.

Die „Freundschaft“ in Southampton eingetroffen.

Das amerikanische Flugzeug „Freundschaft“, das am Montag mit den Fliegern Fräulein Carhart und Wilmer Stuy nach Ueberquerung des Ozeans infolge Brennstoffmangels in der Nähe von Lanelly in Südwaales niederzulegen mußte, ist am Dienstag vormittag in Southampton eingetroffen.

Schwere Feuersbrunst.

Sonntag abend wurden in Radom 28 Häuser eingeeigert. Mehr als 100 Arbeiterfamilien sind obdachlos. Der Gesamtschaden wird auf acht Millionen Zloty geschätzt.

Die Ozeanflieger in Bremen.

Die „Bremen“-Flieger trafen am Dienstag Mittag in Bremen ein, wo sie von einer großen Menschenmenge feierlich begrüßt wurden. Die Stadt hatte großen Festschmuck angelegt. Neben den schwarz-rot-goldenen Fahnen sah man die Farben Bremens, Amerikas und Jlands. Die Straßenzüge, die von den Fliegern durchfahren wurden, glichen einem bunten Flaggemeer. Von den Straßenbahnen wehten schwarz-rot-goldene Fahnen. Alle Glocken der Stadt läuteten. In den Anzugsträßen hatten die Reichwehr, die Schulen, zahlreiche Vereine und auch das Reichsbanner Aufstellung genommen. Ueber der Stadt kreisten Flugzeuge, die die Sirenen der Werften und Fabriken heulten. Das Automobil, in dem Köhl und Hünefeld, in ihrer Mitte Figmaurice, Platz genommen hatten, war von Blumen vollkommen überschüttet.

Kurz vor 1 Uhr wurden die Flieger vom Senat und der Bürgerschaft in gemeinsamer Sitzung empfangen, die höchste Ehrung, die Bremen zu vergeben hat. Als die Piloten im Saalportal erschienen, erhoben sich die Versammelten von den Plätzen. Der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Donandt, feierte das Verdienst der Flieger und überreichte ihnen die große Bremische Ehrenmedaille aus Gold, die die Stadt Bremen zum ersten Male verliehen hat. An diesen Festakt schloß sich ein gemeinsames Frühstück. Dann begaben sich die Flieger nach dem Stadion, wo ihnen zu Ehren Kampfspiele veranstaltet wurden.

18 Personen nach dem Genuß von Hackfleisch erkrankt.

In Merken erkrankten am Sonntag und Montag aus sieben Familien 18 Personen unter bedenklichen Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Hackfleisch und Bratwurst. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Bis jetzt sind noch keine Todesfälle zu verzeichnen.

Die neuen Katalenversuche.

Die Geschwindigkeitsversuche des Opel-Katalenwagens „Kat III“ sind endgültig auf Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr, festgelegt. Die Fahrt findet auf der Eisenbahnstrecke Burgwedel-Celle statt. Das Versuchsprogramm umfaßt drei verschiedene Fahrten mit jeweils gesteigerter Geschwindigkeit. Sollten die Versuche den Erwartungen entsprechen und insbesondere die bisher unberechenbare Haftung des Fahrzeuges am Boden ausreichen, so wird Fritz von Opel bei einem vierten Versuch die höchste bisher von einem Fahrzeug erreichte Geschwindigkeit von 333 Stundenkilometern zu überbieten versuchen. Die Bremsung des Fahrzeuges erfolgt durch automatisch ausgelöste Bremsvorrichtungen, in der Hauptache jedoch durch Bremsraketten, die nach Durchlaufen der Strecke entgegengelehrt der Fahrtrichtung entzündet werden. Die Bremswirkung ist so berechnet, daß auch bei der Erreichung von Rekordzeiten der Bremsweg von drei Kilometern nicht überschritten wird. Die Reichsbahn hat einen Sonderzug zur Fahrt von Hannover nach dem Startort bereit gestellt, zu dem Karten den Pressevertretern und wissenschaftlichen Instituten gegen Ausweis auszugeben werden. Der Sonderzug verläßt Hannover gegen 1 Uhr nachmittags.

Selbstmord oder Verbrechen?

Im Hause Berliner Straße 78 in Berlin-Tempelhof wurde in den späten Abendstunden des Montag der 50jährige Böttchermeister Georg Smigolski im Keller seiner Wohnung, in dem er eine Werkstatt unterhielt, von seinen Angehörigen blutüberströmt tot aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen haben noch keine Klarheit darüber gebracht, ob ein Verbrechen vorliegt. Es besteht die Möglichkeit, daß Smigolski infolge eines Schwermutsanfalles selbst Hand an sich gelegt hat, zumal sein Betrieb in der letzten Zeit so schlecht gegangen war, daß er nach einer Nebenbeschäftigung als Platzwächter angenommen hatte. Der Tote lag in knieender Stellung, den Oberkörper über eine Habelbank, den Kopf herunterhängend, mit ausgebreiteten Armen da. An beiden Pulsadern zeigten sich tiefe Schnitte, die Schädeldecke war durch mehrere Hiebe verletzt. Der Tod muß durch Verbluten eingetreten sein. Unter den Arien des Toten fand man in einer Müllecke ein Habelmesser mit zwei Griffen, ein Werkzeug Smigolskis, und einen 2 Pfund schweren Vorhämmer, der ebenfalls mit Blut besudelt war.

Schwere Muttat bei Marienwerder.

Der Besitzersohn Lindt aus Marcese (Arcis Marienwerder) gab auf den Sohn des Besitzers Gliga und die Hausdame Paetsch mehrere Revolverkugeln ab. Gliga wurde von einem Schuß in die Lunge getroffen, während Fräulein Paetsch durch einen Kopfschlag lebensgefährlich verletzt wurde. Der Täter flüchtete nach der Tat und konnte zunächst nirgends aufgefunden werden. Er hat sich dann in einem Garten eines Nachbarteiles erschossen. Die Gründe für die Tat sind noch nicht einwandfrei geklärt.

Der langgejagte Posträuber gefaßt.

Einer der Posträuber, die in den letzten Wochen zahlreiche Postwagen auf den Strecken des Reichsbahndirektionsbezirk Halle beraubt haben, ist in der Nacht zum 19. Juni in der Nähe von Schleuditz bei der Beraubung eines Postpadwagens festgenommen worden.

Erdstöße im Mittel-Rheingebiet.

Am Dienstag abend um 10,23 Uhr wurden im gesamten Gebiet des Mittel-Rheins zwei heftige Erdstöße verspürt. Der erste Stoß dauerte etwa 20 Sekunden, dem nach einer halben Minute ein weiterer Stoß von kürzerer Dauer folgte. Diese Erdstöße wurden am stärksten in den am Rhein liegenden Städten und Dörfern und in der Vorder-Eifel verspürt.

Für 50 000 Mark Juwelen erbeutet

wurden in der Nacht zum Dienstag in einem Juweliergeschäft am Kurfürstendam in Berlin. Die Diebe hatten sich vom Keller eines benachbarten Delikatessengeschäftes aus Eingang verschafft und waren nach Durchbohrung des Fußbodens in den Juwelierladen gelangt. Die gestohlenen Sachen, Juwelen, Perlen, Brillanten und Goldwaren, sind durch Versicherung gedeckt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein Schmuggler erschossen.

Der 18 Jahre alte Arthur Zirpens aus Bismark bei Heidekrug wurde bei dem Versuch, in einem Kahn Schmuggelware nach der Memeler Seite zu schaffen, von einem Grenzposten erschossen. Der Bruder des Getöteten wurde festgenommen.

Ein Mörder erbeutet.

In der Nacht zum Dienstag wurde der am Frankfurter Hauptbahnhof stationierte Droicktenführer Scheu von zwei jungen Leuten zu einer Wagenfahrt nach Bad Nauheim aufgefordert und unterwegs gezwungen, den Wagen zum Halten zu bringen. Unter Bedrohung mit dem Revolver wurde er dann auf Wägen unterjocht und bei der Weiterfahrt von einem der Verbrecher im Innern des Wagens durch den Revolver in Schach gehalten. Als in der Nähe von Bad Nauheim der Wagen in einen Graben stürzte und nicht mehr herauszubringen war, zwangen die beiden Verbrecher den Chauffeur, mit in den Wald zu gehen. Hier rissen sie ihn zu Boden und widelten seinen Kopf in einen Gipsoverband. Die Täter konnten bereits verhaftet werden und geben die Tat sofort zu.

Juwelenräuber in München.

In der Nacht zum Dienstag wurde in den Laden des Juweliers Alban Scharner in München von anscheinend internationalen Einbrechern ein Einbruch verübt, bei dem der Täter drei Brillanten, Armbränder und andere Schmuckstücke im Gesamtwerte von über 40 000 Mark in die Hände fielen.

Thea Katsche bereitet sich zum Ozeanflug vor.

Die deutsche Kunstfliegerin Thea Katsche ist mit ihrem Flugzeug heute nach Old Drachard geflogen, um dann, sobald die Wetterberichte günstig lauten, zu ihrem Newyork-Berlin-Fluge zu starten. Das von ihr benutzte Flugzeug ist ein zweimotoriger Bellanca-Eindecker mit einem 200 PS-„Wright“-„Whirlwind“-Motor.

Der Generaldirektor der ungarischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft in Wien verhaftet.

Der 48jährige Generaldirektor der ungarischen Luftverkehrs-A.G. in Budapest, Rudolf Szegh, der seit März des Jahres in einem Wiener Hotel wohnt, ist verhaftet worden. Der ungarische Staatsgerichtshof in Budapest hat gegen ihn wegen Verdachts der Veruntreuung und Urkundenfälschung Haftbefehl erlassen und seine Auslieferung beantragt. Szegh erklärte, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als ungerechtfertigt und behauptete, daß sie im Zusammenhang mit den Bestrebungen ständen, ihn von der Leitung der Luftverkehrs-A.G., von der er 50 Prozent der Aktien besitze, zu entfernen.

Fräulein Boll gibt auf.

Fräulein Boll hat ihren Welt-Ost-Flug wegen schlechten Wetters aufgegeben. Sie will die „Columbia“ nach Paris bringen, um dann von Ost nach West den Ozeanflug zu wagen.

Ein Jungmüß in Spanien.

Auf der Strecke Getafe-Madrid ließ infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei 16 Personen schwer verletzt wurden.

Von der Mordanlage freigesprochen.

Das Pariser Schwurgericht sprach den wegen Ermordung seiner Geliebten angeklagten Jahrmarktbudenbesitzer Gilbert frei. Der Angeklagte hatte am 3. September v. Js. seiner Geliebten mit einer Art den Schädel eingeschlagen und als sie noch Lebenszeichen von sich gab, ihr die Kehle durchschnitten. Er will von dem Mädchen, das einen schrecklichen Leumund genog, bis aufs Blut gereizt worden sein.

Newyork erhält einen neuen Riesenvolkenträger.

In der Wackeravenue wird in nächster Zeit mit dem Bau eines 75 Stockwerke hohen Volkenträgers begonnen werden. Der Bau soll im April 1930 vollendet sein. Das Gebäude, von dem man Aussicht auf den Michigan-See haben wird, soll u. a. ein Hotel mit tausend Zimmern, eine Garage für 1200 Automobile, zwei große Versammlungssäle und ein offenes Schwimmbad auf dem Dach aufnehmen.

Die Rückkehr der Ozeanflieger

Begrüßung an Bord des „Columbus“ (von links nach rechts): Hünefeld (der Zweite von links), Geheintat, Stimming, Figmaurice, Frau Figmaurice mit ihrem Töchterchen, Köhl, Frau Köhl.



Mus Schlesien. Der Schnee im Gebirge.

Die winterlich niedrige Temperatur hält in Tal und Höhen unserer Berge weiter an und brachte in den Höhenlagen des Riesengebirges auch Dienstag und Mittwoch weitere Schneefälle. Trotz des Schnees zeigten sich, wie der „Bot aus dem Riesengebirge“ meldet, Gewitterbildungen bzw. im Hochgebirge St. Elmsfeuer.

Haltlofer Spionagerverdacht.

Unbegreifliches Strafverfahren. — Untersuchungshaft und einen Monat Gefängnis für geringfügige Pafvergehen. In der vergangenen Woche wurde der Landwirt Liebner vom Schöffengericht Dels wegen Pafvergehens zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Vorgeschichte dieses Verfahrens zeigt, wie Grenzbewohner durch bürokratisches rücksichtsloses Vorgehen der Justizbehörden auf das schwerste geschädigt werden.

Liebner besitzt eine zirka 75 Morgen große Wirtschaft auf polnischem Gebiet nahe der Grenze. Im Mai vorigen Jahres überschritt er, wie oft, die polnisch-deutsche Grenze. Sein Paf erlaubte ihm aber nur 21-jährigen Kutschenfahrt jenseits der Grenze. Auf dem deutschen Grenzkommissariat gab er auch an, noch am gleichen Tage zurückkehren zu wollen. Aus irgendwelchen geschäftlichen Gründen trat Liebner aber den Rückweg erst am nächsten Tage an. Lediglich dieses geringfügigen Vergehens wurde L. verhaftet und sofort als Spion verdächtigt. Nach mehrtägiger Haft wurde sogar ein Verfahren wegen Spionage gegen ihn eröffnet. Es endete natürlich mit Freispruch.

Trotzdem blieb er noch weiter in Haft, um sich dann am 13. Juni dieses Jahres wegen — Pafvergehens zu verantworten. Das Ergebnis war ein Monat Gefängnis für das „Verbrechen“, einen Tag zu spät über die Grenze gekommen zu sein. Großmütig wurde dieser Monat als durch die lange Untersuchungshaft verbüßt angesehen. Liebner kann jetzt, nach langen Monaten größtenteils unschuldig verbüßter Untersuchungshaft und mit einer geradezu barbarischen Strafe „vorbestraft“ auf seine Wirtschaft zurückkehren.

Die „Not der Grenzgebiete“ rechts der Oder durch die neue Grenzziehung, die auf allen Tagungen in Trialkprüchen beweglich dargestellt wird, ist, wie sich hier wieder einmal erweist, in erster Linie durch den mittelalterlichen Charakter dieser Grenze gegeben. Die chinesischen Pagodentürme — für Polen ist die Austerlie bekanntlich ein exorbitant hohe Pafgebühren gebunden —, Zollkrieg und dazu dann noch eine detari schikanöse Handhabung der deutschen Grenzkontrolle, wie sie hier vorgekommen ist und mutmaßlich nicht als Einzelfall dastehen, zeitigen Zustände, die im zwanzigsten Jahrhundert und fast zehn Jahre nach dem Krieg einfach unhaltbar sind.

Die Verhaftung und die Einbehaltung des L. in Untersuchungshaft, nachdem der Spionagerprozeß zusammengebrochen war, steht geradezu zum Himmel. Sollte ein Mann, dessen Grundbesitz polnisch geworden ist und der, seit die Grenze herab, Grenzbewohner ist, den amtierenden Grenzbehörden so wenig bekannt sein, daß man ihn wegen einer vierundzwanzigstündigen Ueberschreitung einer engherzigen Pafvorschrift in Untersuchungshaft halten muß? Oder denkt die hochweisse Justiz etwa auf diese Weise die Vaterlandsliebe der offiziell bedauerten Grenzbewohner zu fördern? Die ganze Pafwirtschaft ist ja im übrigen überreif zum Abbau. Vor dem Krieg hat Europa sehr gut ohne jeden Pafzwang bestanden.

Särlich. Ein unfreiwilliges Bad nahm ein Liebhaber in der Meise. Die beiden jungen Leute fuhren im Kahn bis an die Biegung beim Jägerwäldchen, als der Kahn plötzlich umkippte. Ein vorbeifahrender Strohfahrer konnte die beiden rechtzeitig aus dem nassen Element befreien.

Strehlen, Kreisratssitzung. Der außerordentlichen Sitzung am Montag, den 18. Juni, ging eine Beschäftigung des Kreiskrankenhauses voraus. In der Sitzung wurde nach dem Vorschlag des Kreisaußenschusses beschlossen, zur Erweiterung der Baukosten für das neue Kreisrankenhaus ein weiteres Darlehen bis zu 400.000 Mark aufzunehmen und den Kreisaußenschuß zu ermächtigen, dieses Darlehen zu beschaffen. Zur Deckung der Mehrkosten soll neben außerordentlicher Sparmaßnahme bei den Ausgaben nach dem bewilligten Haushaltsplan, eine Grundsteuer zu behördensteuer dienen, die vom Tage der Beschlußfassung ab in Kraft treten soll. Ferner wurde beschlossen, bei Siedlungsneubauten den Kreiszuschlag zur Grundvermögenssteuer auf die Dauer von 5 Jahren nicht zu erheben.

Schweidnitz. Ein Reichsmehrfeldwibel beschimpft die Reichsflaggen. Als das hiesige Reichsbanner am vergangenen Sonntag zum Gauderfest in Breslau zurückkehrte, trat ihm in der Bahnhofsalles ein Unterfeldwibel der Reichswehr in provozierender Weise entgegen und gebrauchte die Worte: „Ohne Schwarz-Kot-Mohr (!) ist heute nichts mehr zu machen!“ Die Reichsbannermitglieder behielten die Ruhe, sorgten aber dafür, daß die Personalien dieses lächerlichen Feldwibels und eines weiteren Provokatours festgehalten wurden.

Schweidnitz. Eine Mühle stillgelegt. Das Einfuhrzollamt hat jetzt auch im hiesigen Kreise ein Opfer gefordert. Die Mühle in Gräditz mußte wegen Mangel an Arbeit stillgelegt werden. Dadurch sind erneut eine ganze Reihe Arbeiter — und Angestellte brotlos geworden.

Freiburg. Einen Schaden von 600.000 Mark erlitt die Aktiengesellschaft für schlesische Leinenindustrie in Freiburg dadurch, daß ein amerikanischer Großhändler wirtschaftlich zusammenbrach. Durch völlige Abschreibung ihrer Forderungen an diesen Kunden hat die Firma den Verlust auf das neue Geschäftsjahr übernommen. Trotz des großen Verlustes ist die Lage des Unternehmens gut. Zur Durchführung einer durchgreifenden Rationalisierung hält die Verwaltung einen Zusammenschluß der gesamten schlesischen Leinenindustrie, über den auch schon im Handeltseil Berliner Blätter berichtet wurde, für notwendig.

Waldburg. Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wurde am Sonntag in dem naheliegenden Ort Alt-Löffig an der achtjährigen Schülerin Hildegard Gröhner aus Alt-Löffig begangen. Die mit zwei gleichaltrigen Schulkameradinnen am Waldesrand spielende Hildegard war von einem 16-18 Jahre alten Mann, der plötzlich aus dem Walde heranstam, auf den Arm genommen und in den Wald getragen worden. Trotzdem die beiden zurückgebliebenen Mädchen so schnell wie möglich Hilfe heranzusuchen, hatte der Wüstling seine Abucht ausgeführt und das Kind in brutaler Weise vergewaltigt. Schwer verletzt mußte es zum Arzt gebracht werden. Mit einem Fahrrad suchte der Wüstling unerkannt das Weite.

Oppeln. Ein Auto überfällt sich. Auf der Chaussee Oppeln—Kempa überfiel sich infolge eines Achsenbruchs der Wagen eines Kaufmannes aus Oppeln. Die vier Insassen wurden herausgeschleudert. Eine ältere Dame erlitt einen Schädelbruch und wurde bewusstlos ins Krankenhaus gebracht. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Ein junger Mann wurde gleichfalls sehr schwer verletzt, während die anderen zwei Insassen mit leichteren Verletzungen davonkamen. Das Auto wurde fast vollständig zertrümmert.

Wischstädt (Tschschisch-Schlesien). Der Schach im Wallen. Dem Möbelfabrikanten Greiner brannte seine Tischlerwerkstatt, in der er über 20 Tücher beschäftigte, fast völlig nieder. Als ruiniert Mann stand er am Grabe seiner Habe, da er infolge eines Irrtums die letzte Prämienzahlung der Feuerversicherung nicht geleistet hatte. Bei den Aufräumarbeiten fand — wie im Märchen — ein Maurer in einem verfallenen Balken eine kleine Schiebetür, hinter der sich, in einem Hohlraum verborgen, eine große Summe alter österreichischer Maria-Theresien-Taler befand. Mit dem Schach konnte Greiner wenigstens einen Teil seines schweren Berufsbedenken.

Gleiwitz. Polnischer Besuch im Flughafen. Auf Einladung der Oberschlesischen Luftverkehrs A.-G. besuchten Vertreter der Polnischen Luftflotte der Wojwodschafft Schlesien kürzlich den Gleiwitzer Flughafen.

Babel Ds. Vom Schicksal der Arbeit. Dem Gräfin Johanna-Schacht beugte sich ein Maschinenarbeiter, um eine neue Förderanlage besser sehen zu können, weit in den Schacht. Wütend wurde er von dem Förderkorb erfasst und so schwer verletzt, daß er wenige Minuten später verstarb.

Kattowitz. Kindesmord vor Gericht. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde vor dem hiesigen Landgericht gegen ein Dienstmädchen verhandelt, daß mit seinem verheirateten Dienstherrn ein Verhältnis unterhalten hatte und ein Kind zur Welt brachte, das bald nach der Geburt von dem Mädchen in einem Bottich ertränkt wurde. Die Leiche verbrannte sie dem im Küchenofen. Nach drei Jahren, als das Mädchen inzwischen wieder ein Kind gebar und es zu Auseinandersetzungen mit seinem Dienstherrn kam, gelangte die Tat durch diesen zur Anzeige. Das Mädchen wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, ihr Mann aber beschuldenerweise freigesprochen, da ihm Anklagegenüge nicht nachgewiesen werden konnte.

Stadttheater
(Opernhaus)
Mittwoch
20 bis gegen 23 Uhr
22. Abt. Opern.
Serie B 6200
Othello.
Donnerstag
20 bis geg. 22.45 Uhr
22. Abt. Opern.
Serie E
Mignon.
Freitag
20 bis nach 22.30.
22. Abt. Opern.
Serie C
Der Freischütz.

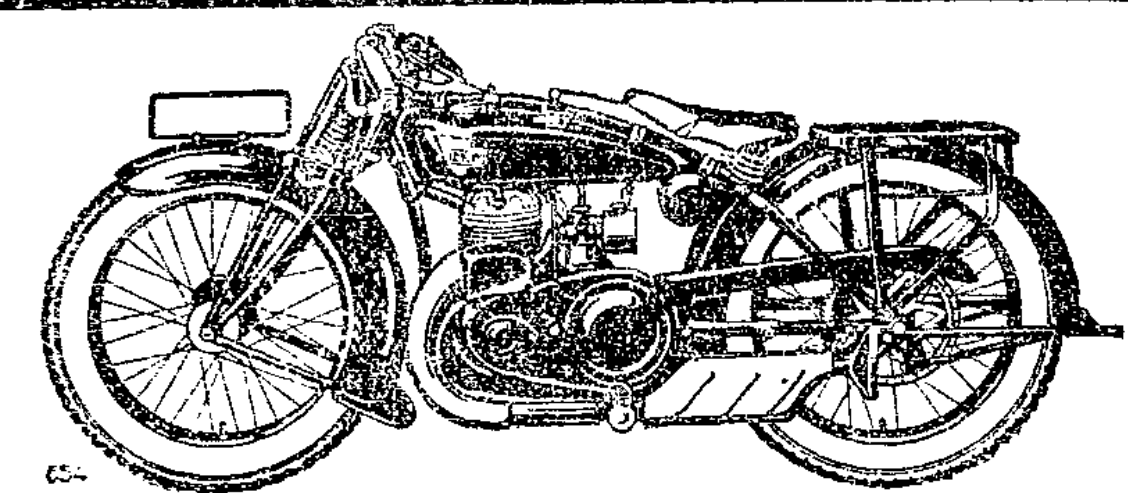
Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. 36390
Täglich 20 Uhr:
„Die
jüngste
Venus“
Sonntag nachm. 15.15 Uhr:
Zum 100. Male:
Die Zirkusprinzessin.

Lobe-Theater.
Tel.: 56747.
Mittwoch 20 Uhr u. lägl.
Der Himmische
Seitlerleitspiel:
Saisonausverkauf 1928
Die neue große Revue
im Lobe-Theater.
Terte von Paul Barney
und Carl Herz.
Musik von Harry Rallos
Lese Andrea Berlin u. G.
Thalia-Theater
Tel.: 56747.
Mittwoch 20 Uhr u. lägl.
Der sensationelle Erfolg
Der letzte Schleier
Ein Stück in drei Akten
von G. W. Whalley.
Für die deutsche Bühne
bearbeitet v. Erhard Beer.
12 6

Motorrad-Anzüge
maßgef. 12. - 16. - 18. -
Lederanzen für Damen und Herren
38 - 48 - 58 -
Kleideranzen
Kleideranzen
7. - 9. - 11. -
Anzüge zu Spezialpreisen
Lombard- und Warenhaus
Louis Hamburger
26 Gartenstraße 26
gegenüber der Markthalle

Möbel
zu billigen Preisen
auf bequemste
Zahlung
Geendet 1928.
Müller
Königsplatz 2

Parteilreunde
kriech an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Wahlschachtel



DKW „E 300“ Fabelhaft!

So ist das Urteil aller DKW-Fahrer, die schon seit einiger Zeit das neue DKW 300 ccm 8 Brems-PS-Modell gefahren haben. Dies ist der neueste DKW-Schlager, den wir anstelle unserer 250 ccm-Type geschaffen haben, um nach dem neuen Steuer-gesetz die Steuergrenze von 300 ccm voll auszunützen.

Warum hat dieses Modell einen solchen Anklang gefunden, daß wir allein von dieser Type schon eine Produktion von 100 Stück pro Tag einrichten mußten, wodurch es ermöglicht wurde, daß

„E 300“ sofort lieferbar ist? (Die gesamte DKW-Tagesproduktion beträgt jetzt 250 Stück — weitaus die größte der Welt!)

1. Weil DKW „E 300“, wie gesagt, die Steuergrenze ausnützt, somit nicht mehr Steuer kostet, als die sonstigen 250 ccm-Maschinen.
2. Weil DKW „E 300“ durch seinen 8 PS/300 ccm-Spezialmotor naturgemäß unvergleichlich mehr leistet als 250 ccm-Maschinen, spielend eine Stundengeschwindigkeit von ca. 90 km erreicht und im Gebirge wie ein Sechszylinderwagen kaum geschaltet werden braucht. Durch Spezial-Ausbalancierung ist ein außergewöhnlich ruhiger Lauf erzielt.
3. Weil DKW „E 300“ die modernste Konstruktion auf dem internationalen Markt darstellt und mit allen Schikanen der Neuzeit ausgerüstet ist, so mit abnehmbarem Neonallium-Zylinderkopf, Spezialvergaser mit Staubfilter, Stoß- und Steuerungsdämpfer, 14 Liter-Tank, Kettenölung usw.
4. Weil DKW „E 300“ trotz dieser überragenden Leistungen ab **RM 896.—** Kassapreis 15.6.1928 nur und somit kaum mehr kostet als sonst 250 ccm-Maschinen. Oder kurz gesagt:

DKW „E 300“ liegt in der Preisklasse der 250 ccm-Maschinen — liegt in der Leistungsklasse der 350 ccm-Maschinen.

Es kann also für den Käufer eines Motorrades in der Mittelklasse nur eine Wahl geben:

DKW

Modell „E 300“ / 8 PS.

Das Motorrad für den verwöhnten Fahrer!

III. Drucksachen, Auskünfte über die konkurrenzlosen DKW-Ratenpreise sowie Probefahrt kostenlos.

Wenden Sie sich an den nächsten Vertreter, der

Zschopauer Motorwerke J. S. Rasmussen A.-G. Zschopau Sa.

Platzvertreter:

Hlischner & Ahrenl, Breslau II, Taucnziensir. 45
Felix Korn, Breslau XIII, Kaiser-Wilhelm Str. 5/7

Engros-Vertrieb und Vertreter-Nachweis:

Thorwarth & Hlischner, Breslau II, Taucnziensir. 41.



Gilgen-Brandt
Spezial-Bier
aus dem
Bayerischen
Land
Edelese
Bier
Korn
Straße 29
(gegenüber
Eisenbahn-
Station)

Bürgerliche Volksbildung in Deutschland.

Von Otto Ehrlich.

Im Jahre 1920 schloß sich in Deutschland ein kleiner Kreis von Männern zusammen, der sich die Aufgabe stellte, in sechs bis achtzig Arbeitsgemeinschaften die Probleme der Volksbildung einer Klärung entgegenzuführen. Dieser Bund — er nennt sich nach dem Ort seiner jährlichen Zusammenkünfte, dem Ferienheim Hohenrodt im württembergischen Schwarzwald, Hohenrodt-Bund — gab vor kurzem einen Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1927 heraus, der, da die Hohenrodt die ganze deutsche Volksbildung unter ihren Einfluß zu bringen trachten, einen klaren Ueberblick über die Gedanken gibt, die man sich in Deutschland über die Ueberwindung der Stagnationskrise der Volksbildung macht.

Im einleitenden Vorwort legt Dr. Robert von Erdberg, Volksbildungsreferent im Preussischen Unterrichtsministerium, die Entwicklung der Idee der Volksbildung von der Vorkriegszeit bis zur Jetztzeit dar. Die Volksbildungsarbeit trug zunächst den Charakter einer geistigen Fürsorge. Popularisierung von Kunst und Wissenschaft war das Schlagwort. Die Aufgabe war relativ einfach, denn es kam nur darauf an, einer homogenen Masse Anteil an den geistigen Gütern der Nation zu gewähren; Ausgangspunkt war nicht die natürlich unbekannt, differenzierte und veränderte Beschaffenheit des zu Bildenden, vielmehr das objektiv gegebene Gebilde, die Natur. Es erübrigte sich daher eine spezielle Schulung des Volksschülers, der nur Fachmann sein mußte und nichts anderes zu tun hatte, als von seinem Fach so viel weiterzugeben, wie empfangen werden konnte. Ueber Quantität und wohl auch Qualität des Gegebenen entschied der äußere Erfolg, der leere oder der volle Saal.

Dieser Zustand einer bloß verbreitenden Volksbildung hielt nicht an. Wohl behalte der Mittelstand diese Art der Volksbildung und ist dieser Auffassung auch bis heute treu geblieben, da es ihm ja darauf ankommt, einen möglichst großen Anteil an der Kultur eines gehobenen Bürgertums zu erlangen, um es diesem, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet die Ziele alles Strebens verkörpert, auch geistig gleichzutun.

Da meldete sich die Arbeiterfrage. Mit deren erwachendem Selbstbewußtsein, wie Erdberg sagt, und mit dem anhebenden Klassenkampf wurde dem Arbeiter klar, daß sein Stand berufen sei, den Segel einer neuen Kultur abzugeben. Er lehnte die bürgerliche Kultur ab, weil er in ihr nicht die Möglichkeit sah, zur Entfaltung der ihm gemäßen Lebensform zu kommen. Und er lehnte sie um so entschiedener ab, je hilfloser er ihrem Werben um ihn tatsächlich entgegenstand und je mehr er sich in seinen politischen Kämpfen durch sie gehemmt fühlte. Die Volksbildung stand dem Ruf, der in dieser Zeit an sie erging, ratlos gegenüber; ja sie vernahm den Ruf in ihrem unerschütterlichen Glauben daran, daß Wissen Bildung sei, wohl gar nicht.

Als der Krieg 1914 ausbrach, sah man nicht, daß die Begeisterung der Augusttage nur ein vorübergehender Rausch war, und als das Ende kam, laute die bittere Wahrheit ausgesprochen werden, daß alle Versicherungen, das deutsche Volk kämpfe für seine Kultur und müsse darum bis zum Letzten durchhalten, an den Ohren der breitesten Volksschichten wirkungslos verhallten, weil diese irgendein inneres Verhältnis zu der von einer Oberflächlichkeit getragenen deutschen Kultur überhaupt nicht hatten. Was bedeutet auch dem Arbeiter die Wissenschaft, die Kunst, was bedeutet ihm die Religion, zumal in ihrer Verkennung, der Kirche?

Auch nach der Revolution des Jahres 1918 war es mit der Volksbildung noch nicht anders. Unter dem Druck des Schlagwortes, daß die deutsche Kultur nicht den Angebildeten ausgeliefert werden dürfe, begann ein Hochbetrieb in der Volksbildung, der allerdings bald stagnierte und schließlich jäh zusammenbrach. Nicht die Inflation, nicht die Depression der Arbeiter über den Mißerfolg ihrer Revolution oder der Mangel des vielberufenen Bildungshungers in der proletarischen Welt waren nach Erdbergs Ansicht die Ursachen dieses Zusammenbruchs, sondern die Weltfremdheit der allmählichen Volksschichten, welche von der Einheit aller Volksbildung sprechen, die über alle politischen und konfessionellen Spaltungen hinweg, allen Deutschen einen einheitlichen Kulturbereich zu vermitteln habe.

Trotzdem die Möglichkeiten der Verbreitung von Volksbildung im Zeitalter der Radiotelephonie so groß geworden sind, hat die verbreitende Volksbildung vollständig versagt, da ihr alle Voraussetzungen fehlen für ein Urteil, was verbreitet werden soll und welchen volksbildnerischen Erfolg die Verbreitung hat.

Bis hierher ist der Analyse Erdbergs nollinkhaltlich zuzustimmen, sie ist nicht nur richtig, sondern auch klar. In der Methodik noch richtig und klar sind auch die Konsequenzen, die nunmehr gezogen werden, nämlich: Alle Energie müsse zu gemeinsamer Volksbildungsarbeit gesammelt werden, und der verbreitenden Volksbildung nur so weit Raum gegeben werden, als sie der Volksgestaltung dienen kann. Zur Bewältigung dieser großen Aufgabe muß Volksforschung getrieben werden, das heißt, es müssen zunächst die im Volke noch lebendigen volksgestaltenden und kulturträgerischen Kräfte erkannt werden; erfährt und beurteilt werden müssen die Einflüsse der modernen Volkswirtschaft auf die Volksforschung und Volksgestaltung; das Volk als Gesamtheit sowohl wie in seinen einzelnen Schichten muß nach den wesentlichen Zügen erforscht werden, was nicht weniger heißt, als daß die Quellen einer werdenden neuen Kultur aufgedeckt werden müssen.

Ist der Sozialist bis zu diesem Punkt der Unterjüngung bereitwillig mitgegangen, so beginnt alle Befriedigung in dem Augenblick zu weichen, in dem er merkt, daß dieser Punkt der Unterjüngung auch schon der Schluß ist und daß, was er jetzt an Postivem zur Volksbildung und durchaus im Sinne des Vorangegangenen zur Arbeiterbildung zu sagen für notwendig fände, nicht gesagt und, da doch niemand unbekannt, also wohl auch abgelehnt wird.

Es ist freilich wieder nur zu begrüßen, daß der Hohenrodt-Bund 1925 die Errichtung einer Forschungs- und Schulungsstätte beschloß und seine Mitglieder Theodor Bäuerle (Stuttgart), Robert von Erdberg (Berlin), Wilhelm Fittner (Kiel), Walter Hofmann (Leipzig) und Eugen Rosenstock (Breslau) damit betraute, die ersten Schritte zur Errichtung dieser Schule zu tun. Es ist gar kein Zweifel, daß die Errichtung der Schule aus zahlreichen Gründen, mangels einer durchgehenden moralischen oder religiösen Ueberzeugung, angesichts der Umwertung des Wertesystems der Geschichte seit Eintritt der Frau in das Erwerbsleben, angesichts der veränderten Stellung des Menschen zum Beruf mit fortschreitender Arbeitsteilung, der veränderten Stellung des Lohnarbeiters zum Unternehmer, in einem Zeitalter, in dem sogar die patriarchalische Wirtschaftsweise des Bauern verändert oder in eine den Charakter seiner Wirtschaft umwandelnde Abhängigkeit von der Marktwirtschaft gerät, eine bedeutsame Tat darstellen konnte.

Diese Umwertung aller Werte, diese Zerrüttung der Volksgestaltung, diese „Volkszerföhrung“ soll nun, wie es in dem vorliegenden Bericht heißt, von Erzieher erkannt und — korrigiert

werden. Dazu freilich müsse er von dem festen Glauben erfüllt sein, das deutsche Volk werde sich zu seinen neuen Ordnungen und Sitten hindurchfinden, dem einzelnen werden Kräfte aus ihm selber aufwachsen, die ihm Widerstand gegen die Zerrüttung, Ordnung inmitten der Auflösung, Sittenbildung inmitten der Sittengestörung verschaffen können. Dieser Glaube ist Voraussetzung erzieherischer Tätigkeit; nur wer ihn in sich findet, wird erzieherische Verantwortung vorzufinden und zu übernehmen wissen.

Die Volksbildner haben die Erfahrung gemacht, daß unsere Jugend, Schul- und Kirchenbildung nicht mehr fähig ist, jene Kräfte in den Menschen zu erwecken, welche den auflösenden Gewaltigen Widerstand bieten, daß sie mit den großen Lebensenttäuschungen aus sich selber fertig werden und ihre Kinder einen sicheren geistigen Weg zu führen wissen werden. Diese Hilfe soll den Mischgeschulten die Volkshochschule bringen. Lehrer an solchen Volkshochschulen wird nur sein können, wer unsere Volksgestaltung erkennt, verstehende Liebe und Einsicht in unsere Volksschwächen aufbringt. Daß solches gelehrt werde und solche Lehrer herangebildet würden, soll die erste Aufgabe der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung sein.

Eine zweite Aufgabe soll dieser Schule aus der tiefen Einsicht Pestalozzis erwachsen, daß die Schulstube nur Wirkung tut, wenn die Wohnstube, die Werkstatt, Regierung, Kirche, gesellschaftliches Leben mit ihr zusammenwirken: Den unmittelbar lebenswirklichen und volkserzieherischen besonders verantwortungsvollen Stellen, Verzen und Juristen, Pfarrern und Lehrern, Wohlfahrtsbeamten, Leitern von Vorkursstätten in Fabriken, führenden Parteiführern und Gewerkschaftsfunktionären, Wirtschaftsorganisatoren und schließlich auch Staatsmännern soll die Bedeutung ihrer volkserzieherischen Verantwortung benutzt gemacht und ihnen neuer volkserzieherischer Geist eingebläht werden.

Die nächste Aufgabe der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung ergibt sich aus der Ueberlegung, daß Schulen, also auch Volkshochschulen, nur bestehen können, wenn sie ihre Lehre an irgendeiner Stelle mit der Forschung in Verbindung halten. Eine Zusammenfassung der Volkshochschulen durch die Universitäten, welche diese Aufgaben unserem bestehenden Schulwesen gegenüber erfüllen, ist nicht ratsam, da der Volksbildungsgedanke der Mehrzahl der Universitätslehrer fremd ist. Die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung soll nun diese Aufgabe mit der Unterjüngung der Erziehung des Volkstums in volkserzieherischer Beurteilung übernehmen.

Als vorerst wichtigste Arbeit sind Schulungsreisen von längerer Dauer, „Akademien“, zu veranstalten. Akademien im Sinne der Antike deshalb, weil das Verhältnis der Schulbesucher zu dem Dozenten grundverschieden sein muß von dem einer Unterweisung, weil der Unterschied zwischen Lernenden und Lehrenden oft verschwindet und es vielmehr darauf ankommt, daß die Erfahrung der Praktiker verknüpft, als daß ein festes Lehrgut mitgeteilt wird.

Was man nun mit der oben geschilderten Entwicklung der Idee der Volksbildung durchaus einverstanden sein, mag man auch noch die Methodik des Konsequenzziehens gebilligt haben, so war man erstaunt, daß dort, wo mit der Zielsetzung begonnen werden sollte, nur allgemeine Redewendungen, wie „Volksgestaltung“ und ähnliches, auftauchten. War man noch immer bereit, Geduld aufzubringen und abzuwarten, wie die Volksforschung in der Praxis aussehen würde, so war man von der Problematik dieser objektiven Volksforschung überzeugt, wenn man auf der Comburger Akademie Rosenstocks neue Gesichtsauffassung kennenlernte und auch im weiteren Verlauf der Tagung erkannte, daß dieses Ideal der Volksgestaltung, wenn auch nicht ein sozial konformistisches, so doch keineswegs ein sozialistisches sein würde. Darum muß die Stellungnahme des proletarischen Volksschülers, der zum revolutionären Klassenkampf erzogen wird, in diesem freilich nicht bloß ein mitunter brutales Durchsetzen von Klasseninteressen, sondern in erster Linie das eigentliche Instrument des geistigen und sittlichen Fortschrittes in der Geschichte steht, zur Volksbildung im Sinne Hohenrodter Bundes so lange eine abwartende bleiben, bis dieser selbst und die zahlreichen unter seinem Einfluß stehenden Volksschichten Deutschlands erkannt haben werden, daß Volksgestaltung im zwanzigsten Jahrhundert nichts anderes sein kann als — Erziehung zum Sozialismus.

Endgültiger Schluß der Kriegsromanik.

Eine Jugenderinnerung. September 1887. Ich „Einsjähriger-Gefreiter“ im Infanterie-Regiment 38. Kavalleriemannöver. Ein ganz großer Tag. Seine Excellenz General von Seekt führen in höchst eigener Person. Das Regiment geht in dicht gedrängter Masse einen Hügel hinan zum Angriff vor: die Offiziere vom Major an aufwärts und die Adjutanten, die Schützen um den Leib, hoch zu Ross, wie im irdischen Kriege zu Zeiten des hochseligen Hektor; die ganze Regimentsmusik mit wildem Bumbum hinterdrein, das Blut aufpeitschend, den Schritt beschleunigt; immer jäheller wird das Gangmaß, bis man endlich an den schon durch Geschütz- und Infanteriegeschützfeuer „erschütterten“ (mattierten!) „Feind“ herangekommen ist; die Musik legt ab; sie kann aber nicht mehr mit; aber die Trommler schlagen, was das Kalbsfell halten will, und die Hornisten schmettern, was die Pupile hergibt — und nun brüllt sich die Masse mit Hurra in den „Feind“ hinein, der programmäßig vorrückend.

So „schön“ denken sich noch heute die mit ihrem Weisheitslächeln spielenden Quinlaner und gleich kindliche Gemüter den Krieg und dachte ihn sich S. M. Wilhelm II., wenn er in buntester Fularuniform beim Manöver einen pomphaft-theatralischen Reiterantritt in Szene setzte.

Noch in denselben Jahren des Weltkrieges schien solche Romantik eine Daseinsmöglichkeit zu haben: der Sturmangriff der irdisch jetzt weit ausgeführten Infanteriekolonnen ihr Höhepunkt. Wer nicht das Hinreichende versteht und irgendwie mit empfindet, das dieses konzentrierte, restlose Einsetzen aller Kräfte des ganzen Menschen für den jungen Menschen hat, versteht auch nichts von dem innersten Wesen gähnender Jugend, das in schrankenloser Freiheit unbestimmlicher Hingabe an die Idee besteht. Als zwei meiner Sekundaner gleich am ersten Tage ihres Eintretens in die Front beim Sturmangriff gefallen waren, da sagte ich von ihnen, daß dieser Tod sicherlich für die beiden Siebzehnjährigen die Krone ihres ganzen Lebens gewesen sei, und die Mutter Ernst Würdnes, des Helden von Walter Fliegoms, Wanderer zwischen zwei Welten, fragt den ihr die Kunde vom Tode ihres Sohnes bringenden Kameraden, ob Ernst auch einen Sturmangriff mitgemacht habe: denn das sei immer seine Sehnsucht gewesen.

Aber mit dieser Kriegsromanik, mit diesem Heldentum stolzer Männlichkeit, die auch wir wohl verstehen und ehren — denn sie kann, wenn sie auf wirklich wertvolle Ziele gelenkt wird, die Mutter größter, weltbedeutendster Tat werden — ist es vorbei — war es vorbei schon damals, als im Herbst 1914 die ersten Gasangriffe verübt wurden, ist es seit der Hamburger Pogromkatastrophe endgültig aus und vorbei, denn diese entsetzlichen Giftgase haben den Schleier zerstoßen, hinter dem sich immer noch für viele das wahre Gesicht des Krieges verborgen hatte, sodas wir nun in die unverhüllte Frage des Molochs Krieg traten, aus deren Zügen Ward uns entgegenstarrte.

Die Hamburger Giftgaskatastrophe zeigt auch dem Naivsten, der vom eigenen Denken auch nur den parastatischen Gebrauch

macht, wie die moderne chemische Kriegführung aussieht. Die elf Toten sind wahrlich nicht umsonst dahingegangen: sie sind für die Brüder beim Opferland erlegen, wenn ihr Schicksal den Menschen die Augen zu erschließen beginnt für das Wesen des Krieges als eines ganz gemeinen Verbrechens, als frivolen Hinmordens gänzlich Unschuldiger und Unberechneter. Ist es wirklich noch Heldentat fürs Vaterland, jimmis noch dieses tausendmal nachgesprochene Wort des römischen Dichters Horaz: dulce et decorum est pro patria mori (süß ist's und ehrenvoll fürs Vaterland zu sterben), wenn durch tödliche Gase oder andere chemische Lebeweisspreparat ganze Landstriche „vergaselt“, alle Keime zerstört, antedende Seuchen verursacht, Männer, Weiber und Kinder — Menschen und Vieh — einem gräßlichen Sterben überantwortet werden? Als vor wenigen Jahren — ich glaube — der Heidelberger Universitätslehrer Dr. Gumbel von dem „fürs Vaterland Gefallenen“ gejagt hatte, sie seien auf gräßliche Weise umgekommen, da empörte man sich darüber; aber hat er nicht, gerade wenn man die Sache unter dem Gesichtswinkel des Hamburger Erlebnisses betrachtet, recht, tausendmal recht?

Ja, ihr Schwärmer für den Krieg, den wahren Jungbrunnen der sittlichen Kraft eines Volkes, dessen Schlachbad die Menschheit vor dem Versinken in den Schlamm der Selbstsucht und des Mammondienstes, in den Materialismus bewahrt, und wie die großen — durch den Weltkrieg einwandfrei widerlegten — Worte alle heißen. — so sieht der Krieg aus: kein Feldherrnhügel mehr mit edlen Rossen und glänzenden Uniformen, kein Schlachtfeld mehr (nebenbei gesagt: was für ein gemeines Wort, so recht an den Schlächter und den Schlachthof erinnernd!) mit hin- und herspringenden Ordonanzen und Adjutanten, kein Blinken mehr schimmernder Kürasse, gezückter Degen und blank gepulvert Knöpfe und Helmbeschläge — alles grau in grau, wie Verbrecher, die zu feigem Mordanschlag heimlich irgendwo eine Höllenmaschine einschmuggeln wollen, im Dunkeln schleichende, kriechende Gestalten — und der Feldherr — welche Ironie! — der sitzt meilenweit hinter der „Front“ — ein Wort, das auch keinen Sinn mehr hat! — in sicherem Raume — ein äußeres Zeichen darf sichtbar machen, wo der Gewaltige thront; er braucht garnicht mal f. v. zu sein, und leitet das Hinmorden durch Telefon und Funkprücke, und ganz hinten in seinen Laboratorien haucht der eigentliche Herr über Leben und Tod, nein! allein über den Tod und braut in seiner schwarzen Küche tödliche, immer tödlichere Gase zusammen, bis er selbst an seinen Gasen verdunstet ermachtet kriecht und das Haus, in dem er arbeitet, in die Luft fliegt! Triumph der Technik? Nein! ihre Umkehrung! Denn die Technik sollte die Naturkräfte beherrschen, um sie in den Dienst des Menschen zu zwingen und ihn gegen ihre elementare Gewalt sicher zu stellen; jetzt aber dient sie dazu, nicht der Menschen Leben zu retten, sondern in größtem Eitel und Ausmaß zu zerstören. — Wird man in solchem Kriege noch zu fingen wagen: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein! Fest steht und treu die Wacht am Rhein!“? Und einen wirksamen Schutz gegen diese Gefahr gibt es nicht, selbst denn nicht, wenn man an alle bis zum Säugling herab Gasmasken verteilt und, wie man tatsächlich gefordert hat, in den Kleinkinderklassen der Volksschulen einen wöchentlich einmaligen Unterricht über alle Schutzmittel gegen Giftgase einführt. Denn neben jenen eigentlich und sofort tödlichen Gasen werden andere „harmlosere“ in die Luft gestreut, verstaubt, die „eine Reizung der Sinneswerkzeuge hervorbringen, die das Opfer außerstande setzt, eine Gasmaske aufzubehalten“.

Man mache sich das klar, und wer dann noch für den Krieg schwärmt, gehört entweder als Wahnsinniger ins Irrenhaus oder als Verbrecher ins Zuchthaus.

Diesem Bilde des Zukunftskrieges gegenüber, wie es General von Schönaich in seinem „Kriege im Jahre 1930“ gräßlich — und doch noch nicht gräßlich genug — gemalt hat*) — was nicht da eine Heeresmacht von 100 000 oder mehr Mann? Gewehre und Maschinengewehre, vom „Schwerte“ erit gar nicht zu reden, gehören als Kriegswerkzeuge abgelegten Zeiten an; sie sind höchstens verwendbar gegen einen technisch ungerüsteten „inneren Feind“; sie schützen nicht mehr die Grenzen des Landes. Ja, die Vaterlandsverteidiger, wie man früher die Soldaten nannte, mögen sich dort, wenn es ihnen Spaß macht, aufstellen; aber über sie hinweg fliegen wie die Spahen die feindlichen Flugzeuge, und holen sie mit dem Flugzeugabwehrgeschütz oder sonstwie einen Flieger herunter (vorausgesetzt, daß einer oben sitzt und das Flugzeug, nicht völlig unbemannt, durch drahtlose Kraftübertragung gelenkt war), dann kann er ihnen noch schönen Dank sagen, daß sie ihm die Ausführung seines Auftrages beschleunigt haben; denn sofort trafen nun verheerend die mit Giftgas geladenen Bomben.

Feldübungen? Nichts als Kriegsspielerei müßiger Kinder. Es gibt ja keine „Feldzüge“ mehr, nur noch alles Lebende ausrottende Vernichtungskriege, die von der Luft aus oder unterirdisch geführt werden. Die Wissenschaft, die Technik, die Chemie hat ihn erledigt und mit ihm alles Soldatentum, und man kann den letzten Soldaten mit Stahlhelm, Gewehr und Säbel mit der letzten Pferdebedrohung ins Altertumsmuseum überführen.

Um von einem Gesinnungsfreunde mir zugeandter Artikel der „Berliner Morgenpost“ vom 8. Juni fordert erneut ein internationales Verbot der Herstellung von Giftgasen und einen unter hohe Strafe zu stellenden Zwang zur Anzeige ihrer Herstellung. Man sagt dagegen, mit einem solchen Vorwage mache man sich lächerlich; denn alle diese Giftgase, auch das Phosgen, würden auch anderweitig gebraucht und hilfreich in Technik und Medizin verwendet. Angenommen, das träge zu — für die oben erwähnten Reizgase ist dies sicherlich nicht der Fall — so bis ich trotzdem aus ethischen Gründen der Meinung, wenn ihre Herstellung für die an ihre Arbeitenden Gesundheit gefährdend, ja lebensgefährlich ist, wie sie es ja in der Tat ist, so sollte man getrost um des zu hohen Einflusses willen auch auf ihre etwa nutzbringende friedliche Verwendung verzichten; denn der Mensch ist die Hauptsache, nicht die Wirtschaft. So lehrt es die Achtung vor dem Leben der Brüder.

Auch damit sollte man sich nicht beruhigen, daß ja der Gas-krieg von Genf aus verpönt sei und auch Deutschland sich damit einverstanden erklärt habe. Wer das Geheuer Krieg kennt, der weiß, daß, sobald ein Krieg ausbricht, der Teufel los ist und die Zelle im Menschen, aller sittlichen Bindungen entledigt, frei schaltet. Was gelten denn Versprechungen und Verträge, wenn der Krieg alle Hemmungen niedertrampelt, die Liebe mit Strafe — Zuchthaus und Tod — bedroht und den Satz zur höchsten Pflicht macht! Wenn die Wahrheit zur Lüge gestempelt wird und die Lüge zur Wahrheit, wenn die unbefestigten Raubtierinstinkte zu „Heldenaten“ treiben und ihr schrankenloses Sichausleben mit Ehren belohnt wird! Wenn der moralische Wahnsinn die Menschen ergreift! Der Krieg läßt sich eben weder humanisieren noch ethisieren, weder vernünftlichen noch vernünftigen; es ist ein Unfsinn und tödliche Halbheit, die Rohheit in der Kriegsführung zu bekämpfen — der ganze Krieg ist eine einzige große, menschenunwürdige Rohheit.

Auch die Verfernung des Krieges überhaupt nützt nichts; gar nichts, wenn nicht die Wölfer selbst, die Menschen endlich zu der Einsicht erogen werden, daß jeder Krieg ein Verbrechen ist und eine Dummheit — beides, weil er den Untergang aller mühsam errungenen Werte in Wirtschaft und Moral bedeutet. Die

*) Eine solche erste Akademie wurde in der Zeit vom 14. März bis 9. April 1927 auf der Comburg bei Schäßbich-Hall abgehalten. Ein Bericht darüber erschien in Nummer 11 des XIV. Jahrganges der „Bildungsarbeit“ (November 1927), S. 193.

*) Ich verweise auch auf „Kriegsromanik“, Vorlesungen über Kriegskunst, Deutsch von E. M. Wertmann bei Braunmüller in Wien.

